

Schriftenreihe des Londoner Büros
der österreichischen Sozialisten

DIE ZWEITE REPUBLIK ÖSTERREICH

KARL CZERNETZ
Die sozialistische
Partei Österreichs

OSCAR POLLAK
Die Aussenpolitik
des neuen Österreich

W. ROSENZWEIG
Der Aufbau der
Zweiten Republik

Preis 1/6

LONDON

1944

VORWORT

Zu den wichtigsten Aufgaben der österreichischen sozialistischen Emigration gehört die geistige Vorarbeit für den Neuaufbau der Arbeiterbewegung und unserer Republik nach der Niederwerfung der deutschen faschistischen Herrschaft. Die Menschen, die unter der Nazidiktatur leben, die ihr Leben im Kampf gegen sie einsetzen, haben nicht die Möglichkeit, Studien anzustellen, Diskussionen abzuführen und sich so auf die schweren Aufgaben der Zukunft vorzubereiten. Mit Recht verlangen die Illegalen geistige Vorarbeit und Hilfe von ihren Genossen im Exil.

Ueber die Lösung unserer Zukunftsprobleme wird selbstverständlich nur in Oesterreich entschieden werden. Beschlüsse über die Einrichtung der Zweiten Republik können und werden nicht in der Emigration gefasst werden. Aber die sozialistischen Emigranten haben das Recht und die Pflicht, ihre Gedanken über alle diese Fragen als Beitrag zur Bewältigung der Probleme beizusteuern.

In diesem Sinne hat das Londoner Büro der Oesterreichischen Sozialisten beschlossen, eine Reihe von Arbeiten, die seine Mitglieder vorbereitet haben, in seiner „Schriftenreihe“ zu publizieren. Das Londoner Büro hat diese Arbeiten diskutiert, aber darüber keine Beschlüsse gefasst. Für den Inhalt sind nur die Autoren verantwortlich.

Dezember, 1944.

*Das Londoner Büro
der Oesterreichischen Sozialisten*

DER NEUAUFBAU DER SOZIALISTISCHEN PARTEI IN ÖSTERREICH

Von KARL CZERNETZ

Vorbemerkungen

Mit der militärischen Niederlage Hitlerdeutschlands und dem Sturz der faschistischen Beherrschung werden die Probleme Europas und im besonderen die unseres eigenen Landes keineswegs gelöst sein. Die Lösung der besonderen Lebensfragen des österreichischen Volkes wird gleicherweise abhängen von den Absichten und der Kräfteverteilung der drei Grossmächte — Grossbritannien, Vereinigte Staaten und Sowjetrussland, die Österreich wahrscheinlich gemeinsam besetzen werden — und von der inneren Entwicklung in Österreich selbst.

Wir haben naturgemäss keinerlei Einfluss auf die Kräfteverteilung der Mächte und jedenfalls keinen wesentlichen Einfluss auf ihre Politik, die heute noch keineswegs eindeutig festgelegt ist. In ihrer Aussenpolitik wird sich die Zweite Republik bemühen müssen, eine den Interessen des arbeitenden Volkes von Österreich möglichst entgegenkommende Haltung der Mächte herbeizuführen.

Die innere Entwicklung Österreichs wird in einem hohen Masse davon bestimmt sein, welchen Spielraum uns die unmittelbar nach dem Kriege über alle reale Macht gebietenden Grossmächte geben werden. Im Rahmen dieser international gegebenen Bedingungen, die wir durch unsere Haltung nur in einem sehr beschränkten Masse mitbeeinflussen können, werden wir die innere Entwicklung Österreichs gestalten können.

Wie immer die äusseren Bedingungen aussehen werden, in jeder Situation und unter allen Umständen braucht die Arbeiterklasse für die Vertretung ihrer Interessen, für die Durchsetzung ihrer Ziele die sozialistische Partei. Im Widerstreit der rivalisierenden Kräfte, in der Flut wechselnder Ereignisse muss es für die arbeitenden Massen mindestens einen festen, unerschütterlichen Zurechnungspunkt geben. Dieses stabile Element wird die sozialistische Partei sein. Vom Neuaufbau der Partei soll hier gesprochen werden.

Diese Arbeit soll kein Entwurf für ein neues Parteiprogramm sein. Für ein Parteiprogramm fehlen noch viele theoretische Vorarbeiten und praktisch-politische Voraussetzungen. Wir machen hier auch keine Vorschläge für ein aktuelles Aktions- und Forderungsprogramm. Wir wollen bloss eine Reihe von Gedanken über die Prinzipien und die Organisation der neuen Partei zur Diskussion stellen.

Die sozialistische Partei — einig und selbständig

Wir sprechen hier von der „sozialistischen Partei“ ohne zur Frage des Namens der neuen Partei Stellung zu nehmen. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei bis zu ihrem Verbot im Februar 1934, ihre illegale Nachfolgerin nach 1934, die Partei der Revolutionären Sozialisten, und die verschiedenen sozialistischen Parteizellen, Gruppen und Organisationsansätze, die es seit 1938 unter der Naziherrschaft in Österreich gibt — sie alle sind nur verschiedene historische Erscheinungsformen derselben sozialistischen Bewegung. Auch die wiedererstehende sozialistische Partei in der Zukunft wird nur diese ungebrochene Kontinuität der österreichischen sozialistischen Bewegung fortsetzen.

Die Wahl des Namens einer Partei ist sicherlich wichtig, da der Name grosse symbolische und propagandistische Bedeutung hat. Die Festlegung des Parteinamens hängt darum nicht bloss von prinzipiellen politischen Erwägungen ab, sondern auch von psychologischen Faktoren, oft am meisten von diesen. So wichtig darum die Wahl des richtigen Parteinamens ist, wichtiger sind die Prinzipien, der Charakter, die Organisation der Partei. Wir wollen uns hier mit den Prinzipien, dem Charakter, der Organisation der sozialistischen Partei befassen, die, einmal wieder rekonstituiert, den ihr entsprechenden Namen finden wird.

Wir sprechen in aller Bestimmtheit von der sozialistischen Partei, weil wir davon überzeugt sind, dass es nur eine sozialistische Partei in Österreich geben darf. Die Meinungsverschiedenheiten und Richtungsgegensätze im sozialistischen Lager mögen noch so gross sein, sie dürfen nicht die Wiederherstellung einer einigen sozialistischen Partei behindern. Die sozialistisch-kommunistische Spaltung der Arbeiterbewegung hat

genug Unheil angerichtet und birgt genug neue Gefahren in sich — mit der Frage des Verhältnisses von Sozialisten und Kommunisten werden wir uns noch zu befassen haben — aber keinesfalls dürfen neue Spaltungen und Splitterungen im sozialistischen Lager eintreten.

Die Bildung mehrerer rivalisierender sozialistischer Richtungsparteien würde die Arbeiterbewegung zu vollständiger Ohnmacht, wenn nicht gar zum Untergang verurteilen. Meinungsunterschiede unter Sozialisten sind unvermeidbar. Sie sind an sich gesund und sind ein Ausdruck der Lebendigkeit der Bewegung. Aber die aus ihnen entspringenden Richtungskämpfe dürfen nur innerhalb der einigen sozialistischen Sammelpartei ausgetarnt werden, die für alle sozialistischen Richtungen Platz haben muss.

Der Sozialismus braucht zu seiner Verwirklichung in jedem Lande eine *selbständige* sozialistische Partei, die in den arbeitenden Volksmassen des eigenen Landes verwurzelt ist. Die sozialistische Partei muss von jeder Regierung, der eigenen wie irgendeiner anderen, vollständig unabhängig sein.

Die kommunistischen Parteien sind in allen Ländern „die russische Partei“. Ihre Politik wird überall in letzter Instanz von den aussenpolitischen Interessen der Sowjetunion bestimmt. Diese Tatsache hat der internationalen Arbeiterbewegung unermesslichen Schaden zugefügt und dabei nicht einmal der S.U. gedient. Die formelle Auflösung der Komintern hat an den Dingen darum nichts geändert, weil die Kommunisten in allen Ländern, selbst wenn sie keine Weisungen aus Russland erhalten, doch so denken und sich so verhalten, als ob sie solche Weisungen erhalten hätten: Sie ersetzen die russischen Weisungen durch eine ausschliesslich nach Russland gerichtete Orientierung ihres Denkens und durch das Streben, Formeln und Massnahmen der Politik der S.U. auf alle anderen, auch nichtsozialistischen Länder schematisch zu übertragen.

Die österreichischen Sozialisten wollen die Verständigung mit der Sowjetunion, der sie immer mit Sympathie und Solidarität gegenüberstanden. Aber das heisst nicht, dass sie darum an Stelle der Kommunisten selbst zur russischen Partei in Österreich werden wollen, ebensowenig wie sie die Partei irgendeiner anderen auswärtigen Macht sein wollen. Die sozialistische Partei muss als selbständige Kraft innenpolitisch und aussenpolitisch für die Interessen der arbeitenden Volksmassen Österreichs wirken und für die Verwirklichung des Sozialismus kämpfen.

Der freiheitliche Sozialismus

Die sozialistische Partei wird erfüllt sein von dem stärksten Willen zur Freiheit und zum Sozialismus. Die Partei wird alle gegebenen Möglichkeiten voll ausnützen, um die Zweite Republik zu einem sozialistischen Gemeinwesen zu machen. Darum wird in der Partei keine grundsätzliche Oppositionsgesinnung vorherrschen, sondern politischer Offensivgeist, sozialistischer Machtwille und sozialistische Staatsverantwortlichkeit.

Der Charakter der Partei und ihre Politik werden eindeutig *sozialistisch* sein. Sie wird gemeinsam mit den Gewerkschaften, besonders in der ersten Phase nach dem Zusammenbruch, entschieden für die Wiederherstellung und die Verbesserung der republikanischen Sozialpolitik und Sozialversicherung kämpfen. Aber die Partei wird Sozialreform, so wichtig sie für die Arbeiterklasse ist, nicht mit Sozialismus verwechseln. Die begrenzt sozialreformerischen Auffassungen des Sozialismus sind nach den Erfahrungen der Zwischenkriegszeit und des Faschismus ebenso widerlegt wie ältere, rein ökonomische Betrachtungsweisen des Sozialismus.

Unter Sozialismus verstand man früher gemeinhin eine neue klassenlose Gesellschaftsordnung, deren Grundelement die Vergesellschaftung der Produktionsmittel ist. Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte hat uns vor neue Probleme gestellt. Die Erfahrungen der grossen Krise, der monopolkapitalistischen Wirtschaftsorganisation auf der einen Seite, die Erfahrungen der neuen Sowjetgesellschaft auf der anderen führen uns über die ursprüngliche ökonomische Betrachtung des Sozialismus hinaus. Wir sehen heute, dass die Verwirklichung des Sozialismus mehr als eine neue ökonomische Struktur erfordert.

Unter Sozialismus verstehen wir jetzt eine Gesellschaftsordnung, in der sich drei wesentliche Grundelemente verbinden: *Gemeineigentum und Planwirtschaft und Demokratie*. Nur wenn alle diese Elemente vorhanden sind, können wir im modernen Sinne von Sozialismus reden. Wenn eines dieser Elemente fehlt, ist die Gesellschaft nicht sozialistisch oder die sozialistische Entwicklung nicht vollendet. Eine Gesellschaft mit irgendeiner Form von Planung und politischer Demokratie auf der Grundlage des kapitalistischen

Privateigentums wäre — wenn überhaupt möglich — nicht sozialistisch; eine Ordnung von Gemeineigentum und Planwirtschaft ohne vollständige Demokratie — wie in der S.U. — ist mindestens kein voll entwickelter, kein vollendeter Sozialismus, sondern ein in Entwicklung begriffenes, sozialistisch werdendes Gemeinwesen, das in allen seinen Teilen vollständig demokratisch werden muss, um voll und ganz sozialistisch zu sein. In diesem Sinne verstehen wir den Sozialismus, für den die neue Partei kämpfen wird, den Sozialismus, wie ihn die arbeitenden Menschen wollen — einen *freiheitlichen Sozialismus*.

Die Partei wird klar und offen sozialistisch auftreten. Es wird keine „taktischen Gründe“ welcher Art auch immer geben, derentwegen die Partei ihre sozialistischen Ziele verbergen wird. Mit kleinen Manövern kann man die Gesellschaft nicht verändern, mit Tarnungen kann man die arbeitenden Massen nicht zum Kampf um den Sozialismus führen und die führenden Kader nicht für ihre sozialistische Führungsaufgabe befähigen.

Unser Sozialismus ist uns kein fernes „Ziel“, kein unerreichbares „Ideal“, keine Sonntagsidee, sondern unmittelbare Arbeitsaufgabe und Kampfzweck. Wenn in einer bestimmten Phase der Entwicklung unser Ziel nicht durchsetzbar ist, obwohl die Verwirklichung des Sozialismus historisch notwendig und ökonomisch möglich ist, dann werden wir uns in der Tagesarbeit mit dem „Erreichbaren“ keineswegs zufriedengeben dürfen und uns in die dann für den Augenblick unüberwindbare kapitalistische Ordnung nicht „eingewöhnen.“ Als sozialistische Partei werden wir das im Augenblick Mögliche tun und gleichzeitig alle praktischen Vorbereitungen für den Kampf um den Sozialismus treffen, die Arbeitermassen geistig auf diesen Kampf vorbereiten.

Wir sind die Partei des *demokratischen Sozialismus*. Die arbeitenden Volksmassen brauchen im Kampf um den Sozialismus die Demokratie als Sammelboden, Organisationsfeld und Kampfboden. Aber wir sind nicht nur darum demokratische Sozialisten, weil wir die Demokratie im Kampfe brauchen. Wir haben dargestellt, dass ein vollendeter Sozialismus ohne Demokratie nicht möglich ist. Demokratische Sozialisten sind wir, weil Demokratie und Sozialismus nicht voneinander getrennt werden können; Freiheit und Demokratie sind Wesenselemente des sozialistischen Kampfes und der sozialistischen Verwirklichung. Wirkliche Demokratie ist in einer unsolidarischen, klassengespaltenen Gesellschaft, im Kapitalismus, gar nicht möglich. Erst in einer klassenlosen, auf Gemeineigentum aufgebauten Gesellschaft, erst im Sozialismus wird es volle Demokratie geben. Darum sind wir demokratische Sozialisten.

Das bedeutet nicht, dass die neue Partei noch in einem formalen demokratischen Legalismus oder parlamentarischen Kretinismus befangen sein wird. Nach den Erfahrungen des Unterganges unserer ersten Republik sind wir für eine starke, eine militante Demokratie. Die faschistischen und reaktionären Feinde der Demokratie werden die demokratischen Rechte und Freiheiten nicht wieder zur Zerstörung der Demokratie ausnützen dürfen. Gegen die Feinde der Demokratie wird die volle Gewalt der Staatsmacht und des Volkes eingesetzt werden müssen. Der Grundsatz wird sein: *Demokratie für Demokraten!*

Politische und soziale Demokratie

Politische Demokratie bedeutet Regierung der Mehrheit bei voller Wahrung der Rechte der demokratischen Minderheit. Demokratie ist Selbstregierung und Selbstverwaltung der Volksmassen auf der Grundlage der politischen Freiheiten — der Redefreiheit, Pressfreiheit, Versammlungsfreiheit, Organisationsfreiheit, der Geistesfreiheit, Gewissensfreiheit, Glaubensfreiheit, Lehrfreiheit. Die Summe dieser Freiheiten und Rechte machen die politische Demokratie aus. Für ihre Erringung und Behauptung kämpft die sozialistische Partei.

Im Falle Österreichs heisst Demokrat sein Republikaner sein. Das ist uns eine Selbstverständlichkeit, aber es ist notwendig zu betonen, dass die Partei kompromisslos an der Republik festhalten muss und wird, weil die österreichische wie die internationale Reaktion immer wieder mit dem Gedanken der Habsburgerrestauration spielt.

Die Partei ist nicht für das Einparteiensystem im Staate, das notwendigerweise undemokratisch ist, sondern für ein Mehrparteiensystem. Nur die organisierte Existenz einer oppositionellen Minderheit kann die totalitäre Erstarrung und Entartung der Demokratie verhindern. Die Partei erhebt keinen totalitären Monopolanpruch, sie betrachtet sich als eine Partei neben anderen Parteien auf dem Boden der politischen Demokratie. Sie hat den politischen Wettstreit mit anderen Kräften in keiner Weise zu fürchten. Aber in diesem politischen Wettstreit erhebt die sozialistische Partei einen Führungsanspruch. Wir sind *die* Partei der kompromisslosen Demokratie, die immer, ohne Unterbrechungen

und Manöver für die Demokratie gekämpft hat; wir sind *die* Partei der Freiheit, *die* Partei des Friedens, *die* Partei des Sozialismus, *die* Partei des konstruktiven Aufbaues, wie wir es im Roten Wien bewiesen haben; wir sind *die* Partei der Wahrheit, auf die man sich verlassen kann. Darauf gründen wir unseren Führungsanspruch, den wir im Volke durchsetzen wollen.

Wir Sozialisten kämpfen also für alle formalen demokratischen Freiheitsrechte, aber wir begnügen uns nicht mit der formalen Demokratie. Das parlamentarisch-demokratische Repräsentativsystem soll durch ein ausgebautes System der *funktionalen Demokratie* ergänzt werden. Funktionelle Demokratie, das ist die unmittelbare Teilnahme demokratischer Selbstverwaltungsorgane und Organisationen an der Vorbereitung der Gesetzgebung und ihre Heranziehung bei der Durchführung der Gesetze neben der staatlichen Bürokratie als Ergänzung und Kontrolle. Betriebsräte, Arbeiter- und Bauernvertrauensmänner, Vertreter der Intelligenz und aller anderen arbeitenden Schichten sollen so im höchsten Masse zur demokratischen Selbstregierung praktisch herangezogen werden.

Die sozialistische Partei kämpft für die konsequente Demokratie — die volle politische, wie die wirtschaftliche und soziale Demokratie. Für die Demokratie nicht nur im Staate, sondern ebenso auch in der Wirtschaft und im ganzen gesellschaftlichen Leben.

Demokratisch und revolutionär

Die sozialistische Partei ist *demokratisch geblieben und revolutionär geworden*. Das Wort Revolution hat für uns jeden phrasenhaften Inhalt verloren. Ein demokratischer und sozialistischer Revolutionär sein bedeutet: Klare Erkenntnis der Machtfrage und Entschlossenheit, die Machtverhältnisse im Interesse des Sozialismus zu verändern. An der Verwaltung teilnehmen heisst noch nicht Macht haben. Macht, das ist die Verfügung über den staatlichen Gewaltapparat und über die Produktionsmittel und Rohstoffreserven des Landes. Ohne die politische und ökonomische Macht in den Händen der Sozialisten, ohne die politische Herrschaft der arbeitenden Volksmassen, kann der Sozialismus nicht verwirklicht werden.

Die sozialistische Partei wird ihre Macht auf die freiwillige Gefolgschaft und Unterstützung der Volksmehrheit aufbauen und sie will ihre sozialistische Herrschaft unter Wahrung aller demokratischen Freiheiten und Rechtsgarantien ausbauen. Das heisst, auch der sozialistische Staat wird kein totalitärer Einparteiensstaat sein. Aber wir Sozialisten wissen auf Grund unserer Erfahrungen auch, dass wir im Kampf um die Erringung der Demokratie wie bei ihrer Verteidigung den Feinden der Freiheit nicht die Initiative überlassen und in der Defensive kämpfen dürfen. Die militante sozialistische Demokratie des arbeitenden Volkes wird nicht zögern dürfen, reaktionäre und faschistische Feinde der demokratischen Volksmehrheit zu entmachten, bevor sie so stark geworden sind, dass sie das eigene Land in den Bürgerkrieg, die Welt in den Völkerkrieg treiben können. Revolutionär sein heisst weder verantwortungslosen Putschismus treiben, noch gewalttätiges Abenteuerium züchten. Es heisst bereit und fähig sein, der faschistischen Gewalt die Gewalt der demokratischen Mehrheit entgegenzusetzen. Es heisst aber auch, die Anwendung der Gewalt im Interesse der Demokratie nicht bloss zu predigen, sondern fachmännisch zu organisieren und technisch wirksam durchführen zu lernen.

Reformsozialisten betreiben Sozialreform, um sich mit diesen Verbesserungen zu begnügen. Revolutionäre und demokratische Sozialisten kämpfen um Reformen, um sie als Hebel für die demokratische Umwälzung der ganzen Gesellschaft zu benutzen, als Mittel der Erziehung der Massen zum Sozialismus. Der revolutionäre und demokratische Sozialist lehnt es ab, sozialpolitische Reformarbeit als Revolution zu bezeichnen. In Perioden der gesellschaftlichen Entwicklung, in denen die demokratische und soziale Revolution keine Erfolgsmöglichkeiten hat, werden revolutionäre demokratische Sozialisten sich und ihre Partei auf die kommenden Perioden grosser gesellschaftlicher Verschiebungen und auf die entscheidenden demokratischen Machtaufgaben bewusst vorbereiten, um nicht so zu versagen wie in der Vergangenheit. In diesem Sinne wird die Partei als eine wirklich demokratisch-sozialistische Partei eine revolutionäre Partei sein.

Der Internationalismus

Die österreichischen Sozialisten sind für die Freiheit ihres Landes, für die Selbstregierung und Selbstverwaltung, für die politische Selbständigkeit, die Eigenstaatlichkeit Österreichs, d.h. für das was *politische Unabhängigkeit* genannt wird. Im Rahmen dieser staatlichen Unabhängigkeit wollen sie Österreich zu einer wahrhaft demokratischen und sozialistischen Republik machen.

Die sozialistische Partei wird den österreichischen Nationalismus und patriotischen Chauvinismus so ablehnen wie den deutschen und jeden anderen. Sozialisten treiben nicht *österreichische*, italienische oder französische Politik an sich, sondern *sozialistische* Politik für Österreich, Italien, Frankreich. Die österreichischen Sozialisten haben mehr Heimatliche und Verbundenheit mit dem eigenen Land als viele „Patrioten“ links und rechts. Aber Liebe für das eigene Land, seine Menschen und ihre Kultur ist noch kein politisches Programm. Als unabhängige Partei treiben die österreichischen Sozialisten wirklich eine Politik, die in erster Linie den Interessen des arbeitenden Volkes von Österreich zu dienen hat.

In den Jahren 1918 bis 1920 waren die österreichischen Arbeiter erfüllt von „republikanischem Patriotismus“ für die Republik, die sie erbaut hatten. Als in späteren Jahren in der reaktionären Bourgeoisrepublik die Sozialdemokraten Wien immer mehr zu einem Bollwerk des Fortschritts und zu einer kommunal-sozialistischen Musterstadt machten, waren alle österreichischen Arbeiter erfüllt von einem „Patriotismus des Roten Wien“. Und allezeit herrschte unter ihnen der stärkste „sozialdemokratische Partecipatismus“. Es war ein Überwiegen der geistigen, politischen, ideologischen Gemeinsamkeiten über Gleichheiten der Sprache oder Abstammung u.ä. Dieser Patriotismus war der Ausdruck des sozialistischen Bewusstseins, des Stolzes auf die eigene Idee, die eigene Kraft, die eigene Leistung. Einen anderen Patriotismus haben die österreichischen Arbeiter nie gekannt. Wenn es der Partei gelingen wird, Österreich zu einer sozialistischen Republik zu machen, werden die österreichischen Arbeiter, ohne Nationalismus und ohne Chauvinismus, einen leidenschaftlichen „Patriotismus des sozialistischen Österreich“ entwickeln.

Die sozialistische Partei wird sich nicht dazu hergeben, mit Geschichtslügen und Fälschungen einen österreichischen nationalen Mythos zu schaffen. Gerade weil unsere Verbundenheit mit unserem Lande und dem arbeitenden Volk Österreichs so natürlich und selbstverständlich ist, haben wir es nicht nötig, eine *nationalistische* Partei zu werden. Die österreichischen Sozialisten waren und bleiben eine *internationale* Partei.

Für die sozialistische Partei ist der Internationalismus nicht Phrase oder Lippenbekenntnis. In der österreichischen Arbeiterbewegung waren immer starke internationalistische Traditionen lebendig. In den illegalen Bewegungen aller europäischen Länder haben die Menschen eine neue internationale Solidarität des Antifaschismus gelernt. So entstand ein sehr praktischer Internationalismus, den es zu bewahren und weiterzuentwickeln gilt. Gestützt auf diesen Internationalismus der Tat wird sich der Neuaufbau einer wirklich aktionsfähigen sozialistischen Internationale vollziehen. Die österreichische sozialistische Partei wird mit allen Kräften für diesen *Neuaufbau der Internationale* arbeiten, weil sie weiss, dass der Erfolg der sozialistischen Bewegung in ganz Europa von dem Ausmass der internationalen sozialistischen Kooperation und der Wirksamkeit der praktischen internationalen Solidarität abhängt.

Treten die Sozialisten aller Länder für politische Unabhängigkeit ihres Landes ein, so wissen sie sehr wohl, dass in der modernen Gesellschaft zwar administrative und kulturelle Unabhängigkeit möglich ist, dass es aber für kein Land volle militärische und ökonomische Unabhängigkeit gibt. Alle europäischen Völker leben auf Grund der modernen technischen und ökonomischen Entwicklung in der stärksten gegenseitigen Abhängigkeit von einander, ob sie wollen oder nicht. Als internationale Sozialisten stellen wir uns bewusst auf den Boden der geographisch-technisch-ökonomischen Einheit Europas und treten gegen eine nationale Balkanisierung des Kontinents auf. Die sozialistische Partei kämpft darum für eine demokratische und sozialistische Föderation der selbständigen europäischen Staaten. Die komplizierten nationalpolitischen und ökonomischen Probleme Europas können nicht durch eine kapitalistische Föderation gelöst werden, selbst wenn sie zustande käme, sondern nur durch die Schaffung der *Vereinigten sozialistischen Staaten Europas* unter Einschluss der U.S.S.R. Die Losung der Partei wird darum sein: Ein sozialistisches Österreich in einem sozialistischen Europa!

Verständigung mit der Sowjetunion — Einheit mit den Kommunisten

Die österreichischen Sozialisten standen der Sowjetunion immer mit dem grössten Verständnis gegenüber und sie wünschen in Zukunft die politische Freundschaft und Zusammenarbeit mit ihr. Die Sozialisten betrachten sie als eine wesentliche Machtposition der Arbeiterklasse der ganzen Welt. Trotz aller Meinungsdivergenzen und Spaltungen sind Rückschläge der S.U. Niederlagen der ganzen Welt-Arbeiterbewegung, Fortschritte der S.U. Erfolge für den Sozialismus in der ganzen Welt. Während aber die Kommunisten

glauben, der S.U. dadurch dienen zu können, dass sie alle taktisch-politischen Schritte der Sowjetregierung in jedem Lande der Welt kopieren, die Bedingungen dieses Landes, die Interessen seiner Arbeiterklasse dabei ausser acht lassen können, haben wir Sozialisten erkannt, dass wir der S.U. in Wirklichkeit nur helfen, unseren gemeinsamen Interessen nur dienen können, wenn wir mit aller Kraft für die Durchsetzung des Sozialismus in unserem eigenen Land kämpfen. In diesem Sinne wollen sich die Sozialisten als selbständige Kraft und freiwillige Bundesgenossen mit der S.U. verständigen.

Aber sie wollen nicht einseitig in parteipolitische oder staatliche Abhängigkeit geraten. Ein solches Abhängigkeitsverhältnis könnte weder den österreichischen Arbeitern noch der Sowjetunion nützen. Die Werktätigen der S.U. und die österreichischen Arbeiter sind gleicherweise an einem freien Bündnis interessiert. Die Partei wird bestrebt sein, ein solches Bündnis zustande zu bringen.

Wie sie international für die *Verständigung mit der S.U.* sind, so treten die österreichischen Sozialisten auch für die Überwindung der sozialistisch-kommunistischen Spaltung und die Herstellung der vollen *Einheit der Arbeiterbewegung* ein. Die Voraussetzungen für die Bildung einer Einheitspartei müssen erst geschaffen werden. Erst wenn die Kommunisten uneingeschränkt anerkennen, dass eine proletarische Einheitspartei eine offen sozialistische und eine demokratische Partei sein muss, in der die Prinzipien der Meinungs- und Diskussionsfreiheit voll garantiert sind, wird dieses Ziel verwirklicht werden können.

Aber schon jetzt ist der Abschluss eines *Bündnisvertrags zwischen Sozialisten und Kommunisten* prinzipiell möglich und wünschenswert. Natürlich nur als Vereinbarung der Parteileitungen, als offene demokratische Kooperation von Parteien, ohne Tarnung und Manöver. Die Sozialisten werden die Schaffung sogenannter „überparteilicher“ Organisationen anstelle der selbständigen Parteien, das Aufgehen der Parteien in solchen entschieden ablehnen. Einheitsfrontmanöver und Spielereien mit getarnten kommunistischen Hilfsorganisationen können die Bewegung nicht einen Schritt weiterbringen. Sie schaffen nur noch neue, immer schwieriger werdende Hindernisse.

Das Weiterbestehen des offenen Gegensatzes zwischen Sozialisten und Kommunisten birgt grosse Gefahren für die Zukunft in sich. Der Bruderkrieg kann nur zu leicht zum Bürgerkrieg werden und alle Teile der Arbeiterbewegung zum Untergang verurteilen. Alle Anstrengungen müssen darum unternommen werden, diese Gefahr abzuwehren, die Gegensätze zu überbrücken. Aber die sozialistische Partei muss sich darüber im klaren sein, dass ihre eigene Stärke und Geschlossenheit die unerlässliche Voraussetzung für eine vernünftige Lösung sind. Der Weg zur Einigung geht nicht über eine Unterwerfung der Sozialisten, sondern nur über die Verständigung auf einer für beide Teile annehmbaren demokratischen und sozialistischen Grundlage.

Massenorganisation und Führungspartei

Die Erfahrungen der Niederlage haben in den Kreisen der aktiven Illegalen zeitweise Zweifel am Wert der Massenorganisation, am Wert der grossen Zahl organisierter Mitläufer aufkommen lassen. Dem Gedanken der Massenorganisation wurde das Prinzip der kleinen qualifizierten Kaderorganisation entgegengestellt. Aber aus einer mechanischen Überspitzung der Kaderideen entstanden Gefahren einer sektenhaften Entwicklung der sozialistischen Bewegung.

Wir haben jetzt die ersten Erfahrungen des faschistischen Zusammenbruchs und kennen die Notwendigkeiten der neuen demokratischen Entwicklung. Die Erfahrungen und Lehren von 1934 haben wir verarbeitet, die Probleme und Aufgaben von 1944 sind uns bekannt: Die breitesten Massenorganisationen sind eine unbedingte Notwendigkeit, aber sie sind nicht genug. Bis 1934 haben wir die Massen organisiert und diszipliniert, dann aber auf ihre „spontanen“ Kampfhandlungen gewartet. „Man kann nicht auf den Knopf drücken, um Massenaktionen herbeizuführen“, hiess es in kritischen Zeiten, während die disziplinierten Massen auf Lösungen und Weisungen warteten. Dieser grundlegende Irrtum hat zu schweren Rückschlägen geführt und schliesslich mit zur Niederlage beigetragen. Die sozialistische Partei muss *Massenorganisation und Führungspartei* gleichzeitig sein. Ihre Funktionäre müssen auf ihre Führungsaufgabe vorbereitet, zu Initiative und Kühnheit, Verantwortungsbewusstsein und Verantwortungsfreudigkeit erzogen werden.

Massenorganisation und Kader sind keine Gegensätze. Der sozialistische Funktionärkader muss in der Massenorganisation organisch entstehen, systematisch gefördert und geschult werden und muss in der Massenorganisation institutionell eingegliedert bleiben. Die richtige Menschauswahl für den Funktionärkader, die moralische,

intellektuelle und politische Auswahl ist eine entscheidende Sache. Die systematische theoretische Schulung und das politische Training sind von allergrösster Wichtigkeit. Die Schaffung eines Organisationssystems, das einem möglichst grossen Kreis von Funktionären Gelegenheit zur kollektiven Mitentscheidung über die Politik der Partei gibt, ist notwendig, damit die Vertrauensmänner wirkliche Führungsqualifikationen entwickeln und Führungsfunktionen ausüben können. Nur eine sozialistische Partei, deren Funktionärkader diese Qualifikationen besitzt, wird wirklich zur geschichtsbewussten Führung der arbeitenden Volksmassen werden können.

Die Partei hat sich in der Vergangenheit nicht auf die Organisation der industriellen Arbeiterschaft beschränkt, sie wird es auch in Zukunft nicht tun. Die Partei wird alle arbeitenden Schichten des Volkes, Arbeiter, Angestellte, Bauern, Intellektuelle, Techniker in ihren Reihen erfassen.

Beim Neuaufbau der Republik wird es möglicherweise eine enge Kooperation zwischen der sozialistischen Partei und einer demokratisch-katholischen Partei, deren Gefolgschaft vorwiegend bäuerlich sein wird, geben. Die sozialistische Partei wird keineswegs mit Rücksicht auf eine solche Kooperation auf die Gewinnung der Bauern verzichten. Das geistige Ringen um alle arbeitenden Menschen in Stadt und Land ist ein Grundelement der Arbeit der sozialistischen Partei, die den Kampf für die Interessen aller arbeitenden Schichten führen wird. Die Berücksichtigung der realen Interessen der verschiedenen Schichten wird besonders wichtig sein. In der Vergangenheit haben uns die ungünstigen ökonomischen Verhältnisse der ersten Republik gezwungen, in erster Linie auf die Interessen der städtischen und industriellen Bevölkerung zu sehen. Das hat der Partei geschadet und die faschistische Gefahr verstärkt. Die sozialistische Partei wird im Bewusstsein der Volksmassen *die Partei des ganzen werktätigen Volkes* sein müssen.

Demokratie in der Bewegung

Die Organisation der Partei wird so aufgebaut sein müssen, dass sie für die Erfüllung aller Aufgaben geeignet ist, vor die die Partei in ihrem Kampf gestellt werden könnte. Für den Kampf auf rein politischem Felde, für den Wahlkampf und die Organisation der demokratischen Selbstverwaltung braucht die Partei wie in der Vergangenheit, die *Territorialorganisation*. Für den Einsatz der wirtschaftlichen Macht der Arbeiterklasse im politischen Kampf braucht die Partei aber auch starke und funktionsfähige *politische Betriebsorganisationen*, die natürlich keine „Konkurrenz“ gegen die Gewerkschaften darstellen dürfen. Da die politischen Betriebsorganisationen keine wirtschaftlichen Kämpfe führen und keine gewerkschaftlichen Aufgaben erfüllen werden, wird die Gefahr einer Konkurrenzentwicklung leicht vermieden werden können.

Die Partei des demokratischen Sozialismus ist nicht nur für die Demokratie im Staate, sie legt besonderen Wert auf eine möglichst vollkommene Einrichtung der *inneren Organisationsdemokratie*. Die Partei braucht demokratische Institutionen und einen freihheitlichen, demokratischen Geist in ihren Reihen. Sie braucht eine funktionelle Demokratie, bei der die aktiven Vertrauensmänner entsprechend ihrer Eignung, Arbeitsleistung und Verantwortung mitberaten und mitbestimmen können.

In der Partei wird die Demokratie auf der Grundlage des Repräsentativsystems mit indirekten Wahlen aufgebaut sein müssen. Die Spitze wird nicht direkt von der Mitgliedschaft, sondern von Delegierten der Mitgliedschaft gewählt werden. Die direkte Volkswahl einer Regierung ist unmöglich; ebenso die direkte „Volkswahl“ des Parteivorstandes. Aber es muss verhindert werden, dass eine mittlere Funktionär- und Beamtenschicht der Partei, so wie oft in der Vergangenheit, zu einer Isolierschicht zwischen Führung und Masse wird. Arbeitsteilung, Spezialisierung und hauptberufliche Ausübung von Vertrauensstellungen in der Partei sind für eine leistungsfähige Organisation unerlässlich. Aber es werden beizeiten organisatorische und erzieherische *Massnahmen gegen bürokratische Entartungen* des Parteiapparats zu treffen sein.

Das Delegierungs- und Repräsentativsystem der innerparteilichen Demokratie wird zweckmässigerweise zu ergänzen sein durch die Wahl zentraler und lokaler „*Partei-rats*“-*Institutionen*, die neben den normalen, auf längere Dauer gewählten Instanzen, für kurze Perioden gewählte politische Beratungs- und Kontrollorgane sein sollen.

Alle Funktionäre werden mehr als in der Vergangenheit für ihre Funktionen geschult werden müssen. Es wird ernstlich zu überlegen sein, ob die Kandidaten für jeden Funktionsgrad vorher einen entsprechenden Schulungskurs als Bedingung für ihre Wählbarkeit mitzumachen hätten. Nur so könnte das demokratische Wahlprinzip mit einer entsprechenden Qualitätsauslese verbunden und die demagogische Entartung der Partei-

demokratie vermieden werden. *Funktionärschulen* sollten für bestimmte Funktionärkreise und Parteikörperschaften obligatorisch gemacht werden. Um den geistigen Standard, die politische und organisatorische Leistungsfähigkeit des Funktionärkaders zu erhöhen, sollten die Funktionäre der Partei so geschult und behandelt werden wie die Offiziere einer demokratischen Armee, in der Offiziere nicht von oben ernannt, sondern von unten gewählt werden, wo aber die Ausbildung eine Voraussetzung der Kandidatur ist.

Die Partei wird mit der irrümlichen Auffassung zu brechen haben, dass die in einer bestimmten Phase entstandenen Funktionärkader nur für diese Periode geeignet sind, aber in jeder anderen Periode versagen müssen. So wie sich ein Offizierskader im Frieden auf die Funktionen im Krieg und im Frieden vorzubereiten hat, so wird sich der Funktionärkader der Partei auf die Arbeit in den Perioden stillen und langsamen evolutionären Fortschritts wie auf die Kämpfe in den stürmischen Umbruchsperioden der Geschichte bewusst vorzubereiten haben. Nur wenn der Parteikader dazu systematisch erzogen wird, wird die Partei vor Niederlagen wie denen der Vergangenheit bewahrt werden können.

Funktionelle Demokratie in der Partei, kollektive Willensbildung des Funktionärkaders sind nur möglich bei grösster Toleranz, vollkommener Meinungsfreiheit und uneingeschränkter Diskussionsfreiheit. Geschlossenheit und Disziplin in der Aktion, aber freie Kritik und Diskussion vor und nach der Aktion. Auch in der Partei — Regierung der Mehrheit, aber Garantie der Rechte der Minderheit. Das sollten die Regeln der demokratischen Organisationsführung sein.

Partei und Gewerkschaft haben nicht nur ein anderes Arbeitsfeld, auch ihre gesellschaftlichen Funktionen sind völlig verschieden. Aber die Erfahrungen in Österreich wie in allen anderen Ländern zeigen, dass die *engste Zusammenarbeit von Partei und Gewerkschaft* eine unbedingte Notwendigkeit ist.

Die Zusammenarbeit muss auf der Grundlage der Arbeitsteilung bei voller Gleichberechtigung der beiden Zweige der Arbeiterbewegung erfolgen. So wie es falsch wäre, wenn in den wirtschaftlichen Kämpfen der Gewerkschaften auf dem Boden der Betriebe parteipolitische Fragen dominierend wären, ebenso schädlich wäre eine rein gewerkschaftliche Orientierung der politischen Kämpfe, eine Beherrschung der Partei durch die Gewerkschaften. Die Folge solcher Fehler wäre die ungenügende Erfüllung der Arbeitsaufgaben beider Teile. Organisatorische und erzieherische Massnahmen in der Partei und in den Gewerkschaften müssen auf Gleichberechtigung, Arbeitsteilung, Zusammenarbeit gerichtet sein.

Die Jugend und die sozialistische Partei

Der *Gewinnung der jungen Generation für den Sozialismus*, ihrer sozialistischen Erziehung und ihrer Eingliederung in die Partei wird noch mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden müssen, als in der Vergangenheit. Die faschistische Infektion der Kinder und Jugendlichen durch die Nazierziehung und der grosse Zusammenbruchs- und Umwälzungsprozess am Ende des Krieges wird die sozialistische Erziehung der jungen Generation nicht leicht machen. Man muss damit rechnen, dass eine grosse Zahl von jungen Menschen der Sprache der sozialistischen Vernunft nicht leicht und nicht sofort zugänglich sein wird. Ein Teil wird in dem allgemeinen Zusammenbruch zynisch und kalt berechnend werden; ein anderer Teil wird hilflos und führungslos geworden, nun unkritisch und gläubig neuen mystischen Autoritäten zu folgen bereit sein. Viele Jugendliche mögen freilich gerade nach dem Zusammenbruch ihrer von den Nazi erweckten Illusionen für die sozialistische Bewegung gewonnen werden, wenn diese mit Kühnheit und frei von jeder Korruption für eine Ordnung der sozialistischen Freiheit kämpft.

Die rekonstituierte Partei wird alle organisatorischen Voraussetzungen für die Erfassung der jungen Generation zu treffen haben. Schon die Erfahrungen der Bewegung bis 1934, mehr aber die zu erwartende Entwicklung in der Zukunft lassen die folgende organisatorische Einteilung als wünschenswert erscheinen: Jugendliche bis zu 16 Jahren sollen in der Regel in den populären, dem Empfinden und der Phantasie der Jugend so entsprechenden Gruppen der *Roten Falken* zusammengefasst werden. Die Roten Falken können dann freilich nicht mehr eine Unterabteilung der Kinderbewegung sein, sondern müssen die Unterstufe einer selbständigen, sich selbstverwaltenden Jugendbewegung werden.

Die jungen Menschen vom 16. bis zum 30. Lebensjahre sollen den *sozialistischen Jugendverband* bilden, der eine viel mehr politisch ausgeprägte, sich selbst verwaltende Jugendbewegung und als solche ein Teil der Partei sein soll. Das würde einer Zusammenlegung von SAJ und Sozialistischer Jungfront gleichkommen, in organisatorischer Beziehung die

Erfahrungen der deutschen Jungsozialisten und des schwedischen Jugendverbandes verwerten. Diese Organisationsform dürfte am ehesten den Bedingungen in der Zweiten Republik, den Wünschen der jungen Generation und den Interessen der Partei entsprechen.

Alle Anstrengungen werden unternommen werden müssen, die sozialistische Partei als zentrales, einheitliches und handlungsfähiges politisches Gebilde rasch aufzubauen. Die Partei sollte noch vor dem Zusammenbruch der Naziherrschaft, noch in den Schlusskämpfen, jedenfalls aber bei der antifaschistischen, demokratischen Revolution am Ende des Krieges ihre führende Rolle spielen, ihre geschichtliche Aufgabe erfüllen können.

Unerhört viel wird von dem *raschen Neuaufbau der Partei*, von der Leistungsfähigkeit der Organisation, von der Qualifikation des Funktionärkaders, der geistigen Klarheit und dem Zielbewusstsein der Menschen in der Partei abhängen. Werden die spontanen Massenerhebungen, werden die elementaren Volkskräfte, die durch den militärischen Zusammenbruch der Hitlerschen Unterdrückungsmaschine entfesselt werden, richtig gelenkt werden? Das wird vom politischen Charakter, von den Aktionen der sozialistischen Partei abhängen. Die Zukunft der Zweiten Republik wird in hohem Masse von der Existenz, der Leistungsfähigkeit der sozialistischen Partei bestimmt werden. Darum ist die erste und entscheidende Aufgabe der Sozialisten, sich so rasch wie möglich und so gut wie möglich das Instrument der geschichtlichen Umwälzung zu schaffen — *die sozialistische Partei*.

DIE AUSSENPOLITIK DES NEUEN ÖSTERREICH

Von OSCAR POLLAK

Die Welt, in der wir die Zweite Republik Österreich aufbauen sollen, wird aus dem Zusammenbruch der Nazityrannei und der faschistischen Barbarei in ganz Europa hervorgegangen sein; daher wird diese Welt starke Elemente kämpfender Freiheitsbewegungen, starke Tendenzen zu revolutionärer Umwälzung und Neugestaltung enthalten.

Aber die Welt wird unmittelbar hervorgegangen sein aus der militärischen Niederlage Hitlerdeutschlands, die durch das überwältigende Aufgebot aller militärischen und wirtschaftlichen, technischen und organisatorischen Machtmittel Englands, Amerikas und Russlands herbeigeführt wurde. Daher wird diese Welt beherrscht sein von der überragenden Macht der drei grossen Siegermächte.

Der Gegensatz zwischen diesen beiden Tatsachen wird die Gestaltung der internationalen Politik gerade in der ersten Zeit nach dem Kriege stark beeinflussen. Wir müssen uns darauf gefasst machen, dass die internationale Politik, die wir als Sozialisten verwirklicht sehen möchten, oftmals an die Schranken einer Wirklichkeit stossen wird, die weit hinter unseren Wünschen zurückbleibt.

Wir werden im Nachfolgenden versuchen, nicht ein Programm der internationalen sozialistischen Politik zu entwerfen, sondern lediglich anzudeuten, wie sich eine von der sozialistischen Arbeiterschaft beeinflusste Aussenpolitik der Republik Österreich am besten mit den internationalen Tatsachen auseinandersetzen kann. Dabei dürfen wir nicht vergessen, dass Österreich ein sehr kleiner und schwacher Staat ist; wir haben viel mehr Aussicht, ihn innerlich gesund und fortschrittlich zu machen, als auf die internationalen Verhältnisse Einfluss zu üben. Aber gerade in dem Mass, in dem die österreichische Republik ein gut organisiertes und freiheitlich verwaltetes Staatswesen sein wird, wird sie sich auch international zur Geltung bringen und ihre besondere Mission — von der weiter unten noch die Rede sein soll — erfüllen können.

Die Grossmächte

Die weltbeherrschenden drei Siegermächte — England, Amerika, Russland — sind in ihrer sozialen und politischen Struktur von einander sehr verschieden. Das gilt auch von Frankreich, das bereits im Begriff ist, als starke europäische Macht an ihre Seite zu treten.

Die Vereinigten Staaten von Amerika werden nach dem Krieg die stärkste kapitalistische Weltmacht sein; die Sowjetunion eine gewaltige Macht auf der Grundlage einer kollektivistischen, nichtkapitalistischen Wirtschaft; England ist in eine späte Phase der kapitalistischen Entwicklung eingetreten, wobei die Kraft und Rolle der englischen Arbeiter-

bewegung von grösster Bedeutung sein wird; Frankreich wird aus dem Fegefeuer der faschistischen Kapitulation, der deutschen Besetzung und des Befreiungskampfes verändert hervorgehen. Wir können hier nicht im Einzelnen untersuchen, wie die Entwicklung innerhalb dieser Staaten voraussichtlich verlaufen wird, auch nicht, wie sich ihre Beziehungen untereinander gestalten werden und ob die Möglichkeit späterer Konflikte zwischen ihnen besteht.

Es unterliegt aber keinem Zweifel, dass eine friedliche Entwicklung nach dem Krieg nur gesichert werden kann durch das Einvernehmen der Grossmächte. Die österreichische Republik ist infolge ihrer geographischen Lage, ihrer Kleinheit, ihren wirtschaftlichen und kulturellen Interessen ganz besonders an einer friedlichen Entwicklung interessiert.

Das überragende Interesse der österreichischen Aussenpolitik ist daher die Erhaltung des Einvernehmens unter den Grossmächten und die Aufrechterhaltung gleichmässig guter Beziehungen zu jeder von ihnen.

Es liegt nicht im Interesse Österreichs, in einseitige Abhängigkeit von einer der Grossmächte zu geraten. In der Zeit zwischen den zwei Weltkriegen, in einer Welt, die auf dem Prinzip der souveränen Einzelstaatlichkeit ohne wirksame internationale Staatenorganisation aufgebaut war, hat eine falsche Politik das kleine, schwache Österreich in verhängnisvolle Abhängigkeit von einzelnen stärkeren Nachbarn — erst Italien, dann Deutschland — geführt. Diese Erfahrung der Vergangenheit ist eine ernste Warnung für die Zukunft.

Wir haben oben auf die Unterschiede im Charakter der Grossmächte hingewiesen. Wir wissen nicht, in welchem Masse sich die Unterschiede in der internationalen Politik geltend machen oder sogar verschärfen werden. Im grossen historischen Zusammenhang gesehen, werden wir z. B. annehmen dürfen, dass die Sowjetunion im allgemeinen eine fortschrittliche Politik verfolgt, während die verschiedenen Erscheinungsformen der Politik der einzelnen Grossmächte während einer bestimmten Periode oder in einem bestimmten Raum durchaus ungewiss sind: sie werden voraussichtlich sehr stark von nationalen Sicherheits- oder auch von Konkurrenz-Interessen beeinflusst sein. Unter diesen Umständen ist es möglich, dass die verschiedenen widerstreitenden Interessen, die in der Politik der Grossmächte zum Ausdruck kommen, ihre Widerspiegelung in verschiedenen Tendenzen innerhalb kleinerer Länder wie Österreich finden werden; teils kann es sich dabei um eine natürliche Übereinstimmung und Bundesgenossenschaft, teils auch um Versuche handeln, für die Interessen einer bestimmten auswärtigen Macht Instrumente innerhalb Österreichs zu finden. So hat z. B. die österreichische Arbeiterschaft eine natürliche und traditionelle Sympathie für die Bestrebungen des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion und ein Angriff privatkapitalistischer Mächte auf Russland würde sie an dessen Seite finden; aber sie hat es stets abgelehnt, ein abhängiges Werkzeug der russischen Politik zu werden. Auf der anderen Seite wissen wir aus der Geschichte der Ersten Republik, dass kapitalistische Kreise in Österreich für ihre kurzsichtige, reaktionäre und dem Lande schädliche Politik Schutz und Unterstützung bei kapitalistischen — und später bei faschistischen — Kräften des Auslands gesucht haben. Es wäre verhängnisvoll, wenn sich Ähnliches wiederholen sollte.

Die österreichische Aussenpolitik muss sich auf die Übereinstimmung zwischen den Grossmächten gründen; sie darf sich nicht durch Gegensätze zwischen den Grossmächten aufspalten lassen.

Dank seiner geographischen Schlüsselposition und seiner Geschichte ist Österreich ein Element der Verbindung und Vermittlung zwischen Ost und West in Europa. Ein demokratisches Österreich, frei im Innern und unabhängig nach aussen, das eine stetige und zielbewusste Aussenpolitik im Sinne dieser Verbindung und Vermittlung führt, erfüllt eine internationale Aufgabe.

Die internationale Staatenorganisation

Die künftige Weltordnung wird ein Fortschritt oder ein Fehlschlag sein, je nachdem sie eine richtige internationale Organisation verwirklicht oder nicht.

Das Leben der Menschen ist heute internationalisiert. Gütererzeugung und Güteraus- tausch, Technik und Verkehr, Wissenschaft und Kultur sind über den Rahmen der einzelnen Nation, über die Grenzen des einzelnen Staates hinausgeschritten: kein einzelnes Volk, auch das stärkste nicht, ist heute imstande, sich ganz allein zu ernähren oder auch nur zu verteidigen. Eine frühere Geschichtsperiode sah in langer Entwicklung das Zusammenwachsen kleinerer menschlicher Gemeinschaften, die Bildung der Nationalstaaten: das gesellschaftliche Entwicklungsgesetz unserer Geschichtsperiode ist das Hinauswachsen über den Einzelstaat, die Schaffung überstaatlicher, internationaler Formen des Zusammenlebens der Völker.

Dieses Entwicklungsgesetz haben die Sozialisten als erste erkannt und seine Durchsetzung vertreten. Heute ist Internationalismus nicht mehr eine ausschliessliche, von allen anderen bekämpfte Eigenheit der sozialistischen Bewegung. Aber die Ansätze zu internationaler Organisation im Kapitalismus bleiben durch die Gegensätze in der kapitalistischen Welt gehemmt und gefährdet. Uns Sozialisten gebührt das Erstgeburtsrecht des Internationalismus: sozialistische Politik muss grundsätzlich internationalistische Politik sein; und wir Sozialisten bleiben überzeugt, dass es einer sozialistischen Grundlage bedarf, um eine vollkommene internationale Organisation zu schaffen.

Inzwischen ist die Entwicklung zur Internationalisierung auf manchen Gebieten bereits viel weiter fortgeschritten als auf dem politischen, d. h. auf dem Gebiet der eigentlichen Staatenorganisation. Im Zeitalter des Flugzeugs und des Radios ist die Abgeschlossenheit des Einzelstaates in Wahrheit ein Überbleibsel einer früheren Stufe der technischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung; sie wird immer sinnloser und unmöglicher.

Dennoch wird die Welt nach dem Krieg noch immer auf Einzelstaaten aufgebaut sein. Die grosse Aufgabe der kommenden Jahrzehnte wird es sein, den Ausgleich zwischen ihrer berechtigten Existenz als freie, sich selbst verwaltende Gemeinwesen und ihrer notwendigen Zusammenfassung in einer lebensfähigen Völkergemeinschaft, einer aktionsfähigen internationalen Staatenorganisation zu finden.

Der Krieg hat die Erfüllung dieser Aufgabe zugleich erschwert und vorwärtsgetrieben. Auf der einen Seite hat das Zusammenwirken der Vereinten Nationen (und ihrer Bundesgenossen im Innern der besetzten und unterdrückten Länder) im Kriege den Kern eines internationalen Bundes geschaffen und das gemeinsame Schicksal in dem von Hitler beherrschten Europa, die Leiden der Unterjochung und die heroischen Kämpfe der Befreiung haben die Völker einander nahegebracht. Auf der anderen Seite hat die deutsche Fremdherrschaft in jedem Lande einen starken Nationalismus hervorgerufen und der Hass der Misshandelten, der das furchtbare Erbe Hitlers ist, das Misstrauen aller europäischen Völker gegen Deutschland werden das Werk des Aufbaus einer internationalen Organisation, die nicht bloss der Rache und der Niederhaltung Deutschlands dienen soll, erschweren. Deutschland wird eine Bewährungsfrist auferlegt werden, ehe es mit vollen Rechten und Pflichten in die neue Staatengemeinschaft eintreten kann.

Über den Aufbau der künftigen Staatenorganisation, wie sie nach dem Kriege geschaffen werden soll, liegen derzeit noch keine Entscheidungen, sondern nur Entwürfe vor. Sie soll geleitet werden von einem „Sicherheits-Rat“, in dem die Grossmächte das entscheidende Wort haben und dem mit Hilfe eines internationalen militärischen Organs die Möglichkeit zu raschem Einschreiten gegen Friedensstörungen gegeben, damit aber auch die Pflicht zu aktiver und kollektiver Friedenssicherung auferlegt ist. Eine Versammlung der Vertreter aller Nationen soll die breitere Grundlage internationaler Verständigung und gemeinsamen internationalen Handelns bilden; es wird sich erst zeigen, inwieweit die Grossmächte bereit sind, die anderen Staaten zur Mitbestimmung zuzulassen und inwieweit jeder einzelne Staat bereit ist, auch unter Hintanstellung eigener nationaler Interessen internationale Verpflichtungen auf sich zu nehmen. Der dritte Teil der internationalen Organisation, ein Internationaler Gerichtshof, soll dazu beitragen, das Völkerrecht, für das es bisher papierene Verträge, aber faktisch keine Mittel zur Durchsetzung gab, allmählich in eine wirklich wirksame internationale Rechtsordnung zu verwandeln. Faktisch bleibt allerdings die Durchsetzung all dieser Pläne überwiegend an die Macht der Grossmächte gebunden.

Das alles ist ein Beginn. An dem Ausbau der internationalen Organisation — zu der neben den genannten auch noch eine Reihe anderer internationaler Institutionen mit anderen, zum Teil wirtschaftlichen Funktionen gehören wie z. B. das Internationale Arbeitsamt — sind die kleineren Länder besonders interessiert. Für ein kleines Land bedeutet Isolierung Lebensunfähigkeit und Gefahr, Internationalisierung aber Sicherheit und Entwicklungsmöglichkeit.

Daher muss die Politik der österreichischen Republik im eigenen Interesse unseres Landes darauf gerichtet sein, Österreich zu einem eifrigen und zuverlässigen Mitglied der internationalen Staatenorganisation zu machen.

Selbstverständlich übernimmt die Österreichische Republik in keiner wie immer gearteten Hinsicht ein Erbe, eine Verantwortung oder Verpflichtung aus internationalen Handlungen in der Zeit der durch gewaltsame Besetzung erzwungenen Zugehörigkeit Österreichs zum Hitlerreich. Der vollkommene Bruch mit dieser Periode, deren Akte das österreichische Volk als von Beginn an rechtswidrig und darum als null und nichtig betrachtet, ist auf internationalem Gebiet ebenso wichtig wie im Innern unseres Landes. Dies zu erklären wird einer der ersten aussenpolitischen Akte der Zweiten Republik sein müssen.

Osterreich als ein von Hitlerdeutschland besetztes und beherrschtes Land trifft keine „Kriegsschuld“. Verpflichtungen, die ihm dessenungeachtet von den Siegermächten auferlegt werden, wird es sich zu erfüllen bemühen müssen. Zur Wiedergutmachung von Unrecht an anderen Völkern, an dessen Begehung österreichische Nazi in erheblichem Masse mitgewirkt haben, wird das österreichische Volk — das die Nazi ausstösst und jede rechtliche Verantwortung für ihre Taten ablehnt — die österreichischen Nazi verhalten. Wir Sozialisten werden für diese Wiedergutmachung eintreten wie für alles, was die Völker versöhnt.

Da auch die der Naziherrschaft vorangegangene Periode des austrofaschistischen autoritären Regimes in Osterreich (1933—1938) einen Bruch der demokratischen Legalität darstellte, ist auch eine Anknüpfung an internationale Akte oder ein Eintreten in internationale Verträge dieses Regimes ausgeschlossen. Lediglich internationale Rechtsakte, die vor 1933 gesetzt wurden (Beitritt zu internationalen Konventionen etc.) können wieder aufgenommen werden. Im Übrigen wird die österreichische Republik ihre internationale Rechtsstellung neu aufbauen müssen.

Es wird dabei ein Interesse Osterreichs sein, das höchste erreichbare Mass an internationaler Zusammenarbeit und die beste, aktionsfähigste Form der internationalen Organisation verwirklichen zu helfen. Osterreichs Aussenpolitik muss ausgerichtet sein auf das Maximum an internationaler Kooperation, internationaler Aktion und internationaler Organisation.

Als das Mindestmass dessen, was die internationale Staatenorganisation zu leisten imstande sein soll, betrachten wir: die Sicherung des Friedens durch kollektive Aktion, durch die Anwendung internationaler Rechts- und Strafmittel; die Garantie der Selbständigkeit jedes Staates und der demokratischen Freiheit und Selbstbestimmung jedes Volkes im Rahmen der internationalen Rechtsordnung; der Schutz der Demokratie im internationalen Masstab einschliesslich der internationalen Garantie bestimmter demokratischer Grundrechte innerhalb jedes Staates. Nach dieser Auffassung ist die Einführung eines faschistischen Regimes in irgendeinem Lande ein Verstoß gegen die internationale Rechts- und Friedensordnung.

Die internationale Staatenorganisation wird nur gedeihen, wenn sie den Völkern als ein Garant der Freiheit und der Demokratie erscheint. Dies kann dadurch gefördert werden, dass die Vertretung Osterreichs in der internationalen Staatenorganisation selbst möglichst demokratisiert wird, z. B. durch Bestellung der Vertreter durch das Parlament und nicht durch die Regierung.

Die Beziehungen zu Osterreichs Nachbarn

Die Erklärung der Moskauer Konferenz der Grossmächte (vom 1. November 1943), in welcher die Wiedererrichtung eines freien und unabhängigen Osterreich zum ersten Mal von den Vereinten Nationen verkündet wurde, hat bereits auf die Notwendigkeit der Zusammenarbeit Osterreichs mit seinen Nachbarländern hingewiesen, „die vor ähnlichen Problemen stehen“.

Tatsächlich wird diese Zusammenarbeit notwendig gemacht durch Osterreichs geographische Lage, durch seine Kleinheit und durch seine wirtschaftliche Struktur. Sie wird erleichtert durch gemeinsame wirtschaftliche und politische Interessen, durch alte Freundschaftsbeziehungen und durch neue Bande der Solidarität, die während der Befreiungskämpfe entstanden sind.

Die Länder, die hier vor allem in Betracht kommen, sind die Tschechoslowakei, Jugoslawien und Ungarn. Das Verhältnis zu Deutschland wird gesondert behandelt.

Nach dem letzten Weltkrieg waren die Beziehungen Osterreichs zu den genannten Nachbarländern, die eben erst als neue Nationalstaaten auf den Trümmern der alten Habsburgermonarchie entstanden waren, nicht ganz reibungslos. Damals waren diese Länder noch von Hass gegen „Wien“ als der Hauptstadt des habsburgischen Zwangsstaates erfüllt und sehr darauf bedacht, ihre nationalen Eigeninteressen, insbesondere auch auf wirtschaftlichem Gebiet, rückhaltlos durchzusetzen. Diese Umstände bestehen heute nicht mehr und es ist daher zu hoffen, dass sich die Zusammenarbeit von Anfang an auf günstigeren Grundlagen entwickelt. Sie wird gefördert durch folgende Tatsachen:

Diese Länder waren, ebenso wie Osterreich, von Hitlerdeutschland besetzt oder beherrscht. Sie werden, ebenso wie Osterreich, befreite Länder sein.

Diese Länder werden, ebenso wie Osterreich, demokratische Länder sein. Die Tschechoslowakei wird, wie wir hoffen, die Tradition der von dem grossen Denker und Staatsmann Masaryk begründeten demokratischen Republik wiederaufnehmen. In Ungarn wird das durch die Zusammenarbeit mit Nazideutschland kompromittierte reaktionäre Regime

Horthys und der Magnaten durch ein demokratisches Regime, gestützt auf Bauern und Arbeiter, abgelöst werden; Jugoslawien wird aus den Befreiungskämpfen als ein demokratisches und föderalistisches Bauernland hervorgehen.

Diese Länder sind, ebenso wie Osterreich, in ihrem wirtschaftlichen, sozialen und politischen Aufbau zusammengesetzt aus Industrie und Landwirtschaft, aus Arbeitern und Bauern. In diesem ganzen Gebiet wird die Verständigung, die Bundesgenossenschaft der Arbeiter mit starken, freiheitlichen und demokratischen Massenbewegungen der Bauern eine Lebensfrage des einzelnen Landes, eine Kernfrage der nachbarlichen Beziehungen und ein Problem von grösster internationaler Bedeutung sein.

Diese Länder sind, ebenso wie Osterreich, an einem guten Verhältnis zur Sowjetunion besonders interessiert. Sie haben, gleich der Sowjetunion, vor allem ein Interesse, eine Erneuerung der von einem imperialistischen Deutschland drohenden Gefahr zu verhüten. Sollte in einem kapitalistischen Deutschland diese Gefahr des imperialistischen „Drangs nach Osten“ fortbestehen, so wird ein freies und demokratisches Osterreich einen wichtigen Platz in der Reihe der Gegenkräfte einnehmen. Diese Rolle ergänzt seine Aufgabe als Verbindungsglied und Vermittler zwischen West und Ost, die es insbesondere mit der gleichgerichteten Politik der Tschechoslowakei teilt.

Diese Länder sind in wirtschaftlicher Hinsicht zum Teil Osterreich ähnlich, zum Teil steht ihre Wirtschaft zur österreichischen im Verhältnis gegenseitiger Ergänzung. Eine planmässige wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen ihnen zu organisieren ist daher leicht möglich und für alle Teile vorteilhaft.

Inwieweit sich aus der politischen Kooperation Osterreichs mit seinen Nachbarn auf der Grundlage völliger demokratischer Gleichberechtigung später eine festere Gruppierung — eine regionale Föderation — herausbilden kann, hängt von der ganzen Entwicklung der internationalen Staatenorganisation ab.

Keinem Zweifel unterliegt auch das Bedürfnis Osterreichs, mit seinen beiden anderen Nachbarn, der demokratischen Schweiz und dem künftigen demokratischen Italien, dessen Volk so energisch den Faschismus überwunden hat, in enger Freundschaft zu leben.

Grenzfragen, die zwischen Osterreich und seinen Nachbarn auftauchen könnten (z. B. die Frage Südtirols), sollen unbedingt auf demokratische Weise geregelt werden, das heisst durch internationale Instanzen unter Berücksichtigung des in Freiheit bekundeten Willens der Bevölkerung der betreffenden Gebiete. Dies ist durch die Atlantik Charter verbürgt, die auf Osterreich als ein besetztes und befreites Land Anwendung finden muss.

Das Verhältnis zu Deutschland

Die Tatsache, dass Osterreich ein von der nazideutschen Okkupation befreites Land ist, wird zunächst sein Verhältnis zu Deutschland bestimmen.

Die Frage der Behandlung Deutschlands nach dem Krieg und seiner Stellung im künftigen Europa können wir hier nicht untersuchen. Wir sind der Überzeugung, die der bekannte englische Sachverständige Sir Walter Layton ausgesprochen hat, dass eine richtige Lösung des Problems Deutschland nur gefunden werden kann im Rahmen einer richtigen Lösung des Problems Europa.

Für Osterreich ergeben sich in diesem Rahmen eine Reihe von besonderen Fragen.

Hass und Misstrauen aller Völker gegen Deutschland werden furchtbar gross sein. Das österreichische Volk neigt ganz allgemein am wenigsten zu aggressivem Nationalismus und zu Hass gegen irgendein anderes Volk. Seine geographische Lage, seine Geschichte, sein langes Zusammenleben mit anderen Völkern im gleichen Staatsverband, sowie die internationalistische Tradition seiner Arbeiterschaft wirken in dieser Richtung.

Aber Osterreichs Volk ist gegen den Willen seiner übergrossen Mehrheit dem Hitlerreich angegliedert und durch das Naziregime in ein Verhältnis verstrickt worden, das dem äusseren Anschein nach missdeutet und als duldende Mitschuld aufgefasst werden konnte. Es hat daher das stärkste Interesse daran, in seinem Verhältnis zu Deutschland klarzustellen, dass es selber ein Opfer der nazideutschen Besetzung und Beherrschung gewesen ist und dass es aus diesem Grunde jede Verantwortung für das, was in der Zeit der gewaltsamen und rechtswidrigen Besetzung geschehen ist, ablehnt.

Es wird diese Klarstellung vornehmlich durch rücksichtslose Ausstossung und Bestrafung aller Nazis und aller österreichischen Helfershelfer der deutschen Herrschaft; und durch die Ausscheidung und Ausschaltung jedes deutschen politischen und wirtschaftlichen Einflusses in Osterreich.

Hiezu gehören ausser den selbstverständlichen Massnahmen, die im Zuge der Loslösung Osterreichs aus der gewaltsamen Einverleibung in das Deutsche Reich und der Wieder-

errichtung der selbständigen österreichischen Staatshoheit getroffen werden müssen (z. B. Wiederaufrichtung der Grenzen vom 11. März 1938, Wiederherstellung der österreichischen Behörden, Schaffung einer selbständigen österreichischen Währung) insbesondere: die Ausweisung aller deutschen Beamten; die Ersetzung deutschen Rechts, soweit es eingeführt wurde, durch das österreichische; die Entfernung aller Deutschen aus leitenden Stellungen in der Wirtschaft; die Beschlagnahme deutschen Eigentums; die Geltendmachung von Wiedergutmachungsansprüchen, soweit sie nicht durch das beschlagnahmte deutsche Eigentum gedeckt sind, und zwar sowohl von Ansprüchen des österreichischen Staates wie der durch das Naziregime geschädigten Einzelpersonen (wie z. B. Kriegsbeschädigte, Opfer der politischen und Rassenverfolgung) u. a. m. Die energische Durchführung dieser Massnahmen, verbunden mit ebenso energischem Vorgehen gegen die österreichischen Nazi, wird die rückhaltlose Zustimmung des österreichischen Volkes finden.

Wird nach der völligen Zerstörung des Nazisystems in Deutschland selbst ein zuverlässiges demokratisches Regime entstehen, so wird das österreichische Volk dies freudig begrüßen und alles tun, um diese Entwicklung im benachbarten Deutschland als eine entscheidende Voraussetzung der Befriedung Europas zu fördern. Die österreichischen Arbeiter werden es besonders begrüßen und, gleich ihren Genossen in anderen Ländern, unterstützen, wenn ein demokratisches Deutschland eine sozialistische Entwicklung einschlagen wird: in demselben Gefühl internationaler Solidarität, mit dem sie sozialistische Fortschritte in irgendeinem anderen Land willkommen heißen werden.

Österreichs internationale Mission

Wir haben an mehreren Stellen auf die Bedeutung hingewiesen, die Österreich in den internationalen Beziehungen hat. Sie beruht auf einer Reihe objektiver Umstände: geographische und strategische Lage, Rolle im europäischen Verkehrsnetz, wirtschaftliche Funktionen usw. Aus ihr erwächst eine mit der Geschichte des österreichischen Volkes verknüpfte Aufgabe. Unser Volk ist ein deutschsprachiges Volk, das mit Slawen und Ungarn in gumachbarlicher Freundschaft gelebt hat und leben will. Österreichs Volk ist selbst vorwiegend aus Arbeitern und Bauern zusammengesetzt und Österreich liegt gerade an der Grenze zwischen dem vorwiegend industriellen und dem vorwiegend agrarischen Teil Europas. Es ist, wie wir schon sagten, ein Land ohne eigenen aggressiven Nationalismus, mit einer starken internationalen Kulturtradition und mit einer im Geist des Internationalismus erzogenen Arbeiterschaft. Das von den Sozialdemokraten verwaltete Rote Wien mit seiner auf altem Kulturboden erwachsenden neuen Kultur war ein Zentrum von internationaler Anziehungskraft.

Die österreichische Arbeiterschaft steht auch heute noch in gutem Ansehen bei den Arbeitern aller Länder: diesen Ruf muss sie durch ihre zielbewusste Aktion in der Zweiten Republik neu befestigen. Das österreichische Volk genießt weitgehende Sympathie in der Welt; von manchen Seiten ist der Vorschlag gemacht worden, Wien zum Sitz offizieller internationaler Institutionen zu machen.

Aus all dem ergibt sich, dass die besondere Aufgabe Österreichs nicht eine nationale, sondern eine internationale ist: es ist eine Aufgabe im Rahmen der Völkergemeinschaft, eine besondere Mission beim Aufbau der internationalen Organisation.

An der Erfüllung dieser Aufgabe werden, allen voran, die österreichischen Arbeiter begeistert mitwirken. In ihrer eigenen Zielsetzung versuchen sie eine Synthese zwischen der demokratischen Freiheit des Westens und der ökonomischen und sozialen Erneuerung, die das Sowjetsystem im Osten gebracht hat. In der Welt streben sie nach gleichgerichteter und gemeinsamer Aktion der Arbeiterparteien aller Länder als Grundlage der Verständigung der Völker und der internationalen Organisation ihres Zusammenlebens auf sozialistischer Grundlage.

DER NEUAUFBAU DER ÖSTERREICHISCHEN REPUBLIK

Von WILHELM ROSENZWEIG

Das österreichische Volk und die österreichische Arbeiterklasse werden sich beim Aufbau der Zweiten Österreichischen Republik in einer anderen Situation befinden und vor ganz andere Aufgaben gestellt sehen als im Zeitpunkt der Gründung der Ersten Republik.

Unterschied gegenüber 1918

In 1918 wurde die Schaffung eines unabhängigen Österreich von der Mehrheit des Volkes nur als eine Notlösung und als ein Provisorium angesehen; heute besteht der feste Wille, das Schicksal Österreichs von dem Deutschlands zu trennen und — unbeschadet des Wunsches nach internationaler Zusammenarbeit — die Zweite Österreichische Republik als dauernde Heimstätte des österreichischen Volkes aufzubauen.

Unser Ziel ist der Aufbau eines sozialistischen Österreich. Voraussetzung hierfür ist die Erringung der politischen Macht durch unsere Partei. Wenn Österreich befreit ist, wird vorerst an Stelle der realen Macht des Naziregimes die reale Macht der alliierten Besatzungstruppen treten. Die politischen Parteien des österreichischen Volkes werden weder einzeln noch gemeinsam reale politische Macht erlangen und ausüben können. Dies wird erst möglich sein, wenn die alliierte Besetzung beendet ist und das österreichische Volk das volle Recht erlangt hat, sich selbst zu regieren.

Die Besetzung Österreichs wird voraussichtlich eine gemeinsame Angelegenheit der drei Grossmächte unter den Alliierten sein. Wie lange die Militärverwaltung dauern und ob sie von einer alliierten Zivilverwaltung abgelöst werden wird, ist ungewiss. Wir hoffen und haben Grund zur Annahme, dass die Alliierten die Verwaltung einer provisorischen österreichischen Regierung zu übergeben beabsichtigen, sobald eine solche auf demokratischem Wege gebildet werden kann. Möglicherweise wird es auch eine Periode geben, in der die alliierte Verwaltung in eine blosse Aufsicht umgewandelt ist. Die demokratischen Kräfte des österreichischen Volkes sind selbstverständlich daran interessiert, die Periode der alliierten Verwaltung abzukürzen und so rasch wie möglich das volle demokratische Selbstregierungsrecht zu erlangen. Die Alliierten haben bereits das österreichische Volk durch das Radio aufgerufen, in jeder Gemeinde ein illegales Befreiungskomitee zu gründen, das sich auf die Kooperation mit den alliierten Truppen und insbesondere auf die Übernahme der Lokalverwaltung und die Sicherungs- und Säuberungsmassnahmen gegen Nazi und Faschisten vorbereiten soll.

Die Alliierten werden hoffentlich auch sofort die Neubildung demokratischer Organisationen, vor allem der demokratischen politischen Parteien sowie der Gewerkschaften zulassen. Wenn es möglich ist, eine Zusammenarbeit aller demokratischen politischen Parteien herzustellen und den Alliierten die Übernahme der Zivilverwaltung durch eine aus allen Parteien zusammengesetzte oder vor allen unterstützte Regierung anzubieten, ist dies sicherlich das geeignetste Mittel, um die Dauer der alliierten Verwaltung abzukürzen. Entwickelt sich ein heftiger Parteienkampf, so ist anzunehmen, dass die alliierte Verwaltung so lange dauern wird, bis Wahlen durchgeführt sind und auf Grund der Wahlen eine Regierung gebildet wird. Der baldigen Durchführung von allgemeinen direkten Wahlen des ganzen österreichischen Volkes werden jedoch grosse technische Hindernisse im Wege stehen.

Der Aufbau der demokratischen Selbstverwaltung

Die Bemühungen, eine baldige Übernahme der Zentralverwaltung durch eine österreichische Regierung zu erreichen, müssen verknüpft sein mit dem möglichst raschen Aufbau der demokratischen Selbstverwaltung von unten. Die *Befreiungskomitees*, zu deren Bildung die Alliierten aufgerufen haben, werden die ersten und untersten Selbstverwaltungsorgane des österreichischen Volkes sein. Dies ist ein grosser Unterschied gegenüber der Art, in der in Deutschland die Zivilverwaltung durchgeführt wird. Auch dort ist die Zivilverwaltung in den Händen eines deutschen Bürgermeisters; aber er ist kein Selbstverwaltungsorgan, sondern wird vom alliierten Kommandanten ernannt und ist ihm allein verantwortlich. In Österreich hingegen werden die Befreiungskomitees als Vertrauens-

personen der demokratischen Bevölkerung mit den alliierten Truppen zusammenwirken, ihnen jede Hilfe geben und insbesondere durch die Übernahme der lokalen Verwaltung ihre Aufgabe wesentlich erleichtern. Dies ist zu erhoffen und sehr zu begrüßen; denn es erspart den Vertrauenspersonen der österreichischen Parteien den Gewissenskonflikt, in dem sie sich befänden, wenn ihnen angetragen würde, Funktionen nicht als Vertreter der Bevölkerung, sondern als Beauftragte der Alliierten zu übernehmen.

Es wird jedoch sicherlich eine Reihe von Funktionen geben, bei denen die alliierte Verwaltung wünschen wird, Österreicher als ihre Organe anzustellen. Wenn Österreich Kriegsgebiet wird oder wenn die alliierte Verwaltung in Österreich tätig ist, während der Krieg noch in der Nähe andauert, ist es auch durchaus möglich, dass der Selbstverwaltung gar kein oder nur sehr geringer Spielraum eingeräumt wird und alle Verwaltungsorgane von den Alliierten ernannt werden. Auch in diesem Falle werden die demokratischen Parteien den Alliierten vollste Hilfe leisten; sie werden daran interessiert sein, dass die Österreicher, die von den Alliierten als ihre Organe verwendet werden, wirkliche Demokraten sind. Führende Funktionäre der Partei werden jedoch bestrebt sein, sich in erster Linie dem raschesten Wiederaufbau der Selbstverwaltung zu widmen.

Neben den Befreiungskomitees werden noch andere Vertretungsorgane der Bevölkerung spontan entstehen. Solche werden vor allem die *Betriebsräte* sein. In ähnlicher Weise werden hoffentlich in bäuerlichen Gemeinden *Bauernvertreter* gewählt werden. Die Befreiungskomitees werden vor der Befreiung aus dem illegalen Widerstandskomitee des Ortes oder aus einer Zusammenfassung von Vertretern mehrerer Widerstandsorganisationen bestehen. Im Augenblick der Befreiung werden sie sich in Städten durch die neuentstandenen Betriebsräte, in bäuerlichen Gemeinden durch Bauernvertreter ergänzen. So werden *provisorische Gemeinderäte* entstehen, denen auch die vor 1934 gewählten Gemeindefunktionäre angehören sollen, wenn sie sich weder zwischen 1934 und 1938 faschistisch, noch nachher nationalsozialistisch betätigt haben. Sobald Gewerkschaften und politische Organisationen rekonstituiert sind, sollen die provisorischen Gemeinderäte auch durch ihre Vertreter verstärkt werden.

Der nächste Schritt im demokratischen Aufbau von unten wäre die Schaffung von *provisorischen Landesräten*, die eine *provisorische Landesregierung* wählen. Für ihre Bildung sollen ähnliche Grundsätze angewendet werden wie für die provisorischen Gemeinderäte.

Diese demokratischen Selbstverwaltungsorgane zu errichten und soweit wie möglich auszubauen, wird eine der Hauptaufgaben vor und während der alliierten Besetzung sein. Ihr Aufgabenkreis wird sein: Kooperation mit der alliierten Verwaltung, Entfaschisierung und Übernahme aller Verwaltungsfunktionen, die nicht direkt von alliierten Organen ausgeübt werden. Die Frage, ob eine Verwaltungsfunktion früher in die Zuständigkeit des Bundes oder der Länder oder Gemeinden gehört hat, wird dabei keine Rolle spielen.

Rückkehr zur demokratischen Verfassung

Die Wiedererlangung der österreichischen Unabhängigkeit bedeutet nicht eine Rückkehr zum Jahre 1938, auch nicht zur faschistischen Verfassung vom Mai 1934. Die einzig rechtsgültige Verfassung Österreichs ist die demokratische Verfassung des Jahres 1920 (mit den 1929 vom Parlament beschlossenen Abänderungen). Dies bedeutet jedoch nicht, dass wir zurück wollen zu den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen der Periode vor dem Jahre 1933; denn aus diesen Verhältnissen wurde der österreichische Faschismus geboren, sie haben das Anwachsen der Nazipartei in Österreich mit sich gebracht. Die Zweite Österreichische Republik muss frei sein von den Fehlern der ersten. Die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Wurzeln des Faschismus, ob österreichischer oder deutscher Abart, müssen rücksichtslos ausgerottet werden, soll die Zweite Österreichische Republik ein wirklich demokratischer Staat werden und bleiben. Es wird notwendig sein, auf der Grundlage der Verfassung von 1920 eine konstituierende Nationalversammlung zu wählen, die die Aufgabe haben soll, die neue politische und soziale Struktur des Landes in einer neuen Verfassung zu verankern. Auch bis dahin wird die Verfassung des Jahres 1920 nur mit Hilfe einer Reihe von Übergangsregelungen in Kraft treten können; diese werden vor allem die provisorischen österreichischen Selbstverwaltungsorgane, die Entfaschisierungsmassnahmen und die Rückkehr zu den Gesetzen der demokratischen Republik betreffen.

Rückkehr zu den Gesetzen der Republik

Alle seit dem 13. März 1938 in Österreich vom Deutschen Reich und seinen Organen erlassenen Gesetze und Verordnungen sind nichtig als Akte einer feindlichen Besatzungsmacht.

Ebenso nichtig sind alle seit dem 5. März 1933 auf Grund des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes sowie auf Grund der faschistischen Verfassung vom Mai 1934 zustandegekommenen Gesetze, Verordnungen und Staatsverträge.

Obwohl es von prinzipieller Bedeutung ist, diese Nichtigkeit zu betonen, so ist es doch nicht möglich, mit einem Schlag zum Stand der Gesetzgebung am 5. März 1933 zurückzukehren; die alten Gesetze werden nur zum Teil auf die neuen Verhältnisse passen. Dazu kommt noch die Schwierigkeit, dass es kein Parlament gibt, das neue Gesetze beschliesst, keine österreichische Regierung, die Gesetzesvorlagen vorbereiten könnte. In der Anfangszeit wird voraussichtlich das als Recht gelten, was von den alliierten Besatzungsbehörden dekretiert wird. Sie werden entscheiden, welche Gesetze vorläufig in Kraft bleiben, welche aufgehoben werden und was an ihre Stelle tritt. Die entstehenden österreichischen Selbstverwaltungsorgane werden im Rahmen ihres Wirkungskreises manche Änderungen verfügen können. Darüber hinaus werden die österreichischen politischen Parteien in der Übergangszeit nur ihre Meinung äussern, Vorschläge unterbreiten, Forderungen aufstellen können, die Entscheidung wird nicht bei ihnen liegen. Wenn in der Folge die Verwaltung einer provisorischen österreichischen Regierung übergeben wird, so wird sie ein Notgesetzgebungsrecht ausüben müssen, bis Wahlen abgehalten und die verfassungsmässigen Gesetzgebungsorgane konstituiert sind.

Die erste Massnahme der Alliierten in den besetzten Gebieten Deutschlands ist die Aufhebung der politischen, religiösen und rassistischen Verfolgungsgesetzgebung sowie sonstiger typischer Nazigesetze. Es ist zu hoffen, dass im Falle Österreichs die erste Massnahme sich auch auf die Aufhebung etwa noch geltender typischer faschistischer Gesetze aus der Zeit 1934-38 erstrecken wird. An Stelle der aufgehobenen Bestimmungen sollen die entsprechenden Gesetze der demokratischen Republik treten. Diese werden oft einer Ergänzung oder Abänderung bedürfen, vor allem um der Notwendigkeit der Entfaschisierung Rechnung zu tragen. Ansonsten wird es möglich sein, gewisse Gruppen von Gesetzen sofort durch die früheren österreichischen Gesetze zu ersetzen, während es in anderen Fällen notwendig sein wird, für eine Übergangszeit die bestehenden Gesetze beizubehalten. So wird es z. B. erforderlich sein, alle seit 5. März 1933 vorgenommenen Veränderungen des Strafrechts und der Strafprozessordnung sofort ausser Kraft zu setzen, hingegen ratsam sein, die Rationierungsvorschriften vorläufig in Geltung zu belassen. Ein besonderes Problem werden die seit 1938 in Österreich geltenden deutschen Bestimmungen über die Zivilehe und die Trennung und Scheidung von Ehen bilden. Es ist unmöglich, durch ihre blosse Aufhebung zu einem vermehrten Eherechtswirrwarr zurückzukehren und es wird eine Form gefunden werden müssen, um ihren Inhalt aufrechtzuerhalten.

Es wird empfehlenswert sein, eine aus Vertretern aller demokratischen politischen Parteien zusammengesetzte Kommission zu schaffen, die, unterstützt durch eine Kommission von Juristen, die Entscheidung darüber fällen soll, in welche der verschiedenen Kategorien die einzelnen Gesetze gehören.

Entfaschisierung

Die politische Hauptaufgabe nach dem Zusammenbruch des deutschen faschistischen Regimes in Österreich wird die Durchführung einer radikalen Entfaschisierung des Staatsapparates, der Wirtschaft sowie des gesamten öffentlichen Lebens sein. Es ist zu hoffen, dass sehr weitgehende Massnahmen auf diesem Gebiete sowohl die Unterstützung aller demokratischen politischen Parteien als auch der alliierten Verwaltung finden werden. Die Alliierten haben in der Erklärung der Moskauer Konferenz über Italien verkündet, dass die völlige Vernichtung des Faschismus eines ihrer Ziele ist. Diese Erklärung ist, wie aus einer Äusserung des amerikanischen Aussenministers Cordell Hull hervorgeht, im Prinzip auch auf alle anderen befreiten oder besiegten Länder anzuwenden. Wenn die Alliierten die Verwaltung übernehmen, wird ihr Hauptziel allerdings darauf gerichtet sein, vor allem „Ruhe und Ordnung“ unbedingt herzustellen. Dieses Bestreben birgt in sich auch die Gefahr, dass die Entfaschisierung nicht durchgreifend genug durchgeführt wird und dadurch der Aufbau der neuen demokratischen Republik von vornherein verhängnisvoll erschwert wird. Die demokratischen politischen Kräfte in Österreich werden darum ständig in der Richtung einer vollständigen und entschiedenen Entfaschisierung wirken müssen; sie werden zugleich in ihrem eigenen Interesse den Alliierten dabei helfen, dass trotz radikaler Entfaschierungsmassnahmen Ruhe und Ordnung aufrechterhalten und Chaos vermieden wird. Sollten die erforderlichen Entfaschierungsmassnahmen während der Periode der alliierten Verwaltung nicht restlos durchgeführt worden sein, so wird es Aufgabe der österreichischen Regierung bzw. des neugewählten Parlaments sein, sie zu Ende zu führen.

Entfaschisierung der Wirtschaft

Der deutsche Imperialismus hat mit der politischen und wirtschaftlichen Durchdringung Österreichs schon lange vor 1938 begonnen. Heute sind die deutschen Nazi und das imperialistische deutsche Grosskapital, die deutschen Industrie- und Bankherren und ihre österreichischen Helfershelfer, die österreichischen Nazi und Nazi-Nutznieser, die herrschende Klasse Österreichs. Das österreichische Industrie- und Finanzkapital und der Grossgrundbesitz sind auf das Engste mit der Nazipartei verquickt; zum Teil sind ihre Positionen direkt in deutschen Besitz übergegangen.

Es ist eine einheitliche Politik aller von der deutschen faschistischen Herrschaft befreiten Länder, dass sie nicht nur das auf ihrem Gebiet befindliche deutsche Vermögen, sondern auch das Vermögen ihrer eigenen Nazis, Faschisten und Nutznießer beschlagnahmen. Diese Politik muss auch in Österreich restlos durchgeführt werden. Abgesehen davon, dass ein Teil ihres Vermögens Raubvermögen ist, dürfen wirtschaftliche Machtpositionen nicht in den Händen von Leuten belassen werden, die sie bereits einmal zur Untergrabung der Demokratie, zur Unterstützung eines faschistischen Systems und dann zur Auslieferung an eine fremde Macht missbraucht haben.

Massnahmen dieser Art werden zweifellos die vollste Unterstützung aller demokratischen Kräfte des österreichischen Volkes finden. Aber da das österreichische Volk sich in der ersten Zeit nicht selbst regieren wird, erhebt sich die Frage, ob die alliierte Verwaltung ebenfalls diesen Standpunkt einnehmen wird. Die grossen westlichen Demokratien sind kapitalistische Länder und ihre Vertreter denken bewusst oder unbewusst im Sinne der Erhaltung des Kapitalismus und der Unverletzlichkeit des Privateigentums. Es ist zu hoffen, dass ihr Wille, den Faschismus auszurotten, stärker sein wird als der Wunsch, der Kapitalistenklasse nicht weh zu tun. Sie werden hoffentlich einsehen, dass ein grosser Unterschied zu machen ist zwischen Kapitalisten, die faschistisch geworden sind und die Demokratie niedergeschlagen haben, und solchen, die das nicht getan haben. Im Übrigen handelt es sich hier um eine interne österreichische Angelegenheit zum Schutz des demokratischen Aufbaus in unserem Lande und die Alliierten haben wiederholt erklärt, dass sie sich nicht in die inneren Verhältnisse anderer Länder einzumengen wünschen. Die endgültige Entscheidung darüber, was von der heute in deutschen oder Nazihänden befindlichen österreichischen Wirtschaft der Beschlagnahme verfallen und wie es verwendet werden soll, wird Sache des österreichischen Volkes sein. Doch wird es erforderlich sein, sofort nach der Befreiung Österreichs eine Reihe von *Sicherungsmaßnahmen* zu treffen, um die Verschleppung von deutschem und Nazivermögen zu verhindern. Dies wird am besten durch die Schaffung eines staatlichen Sicherstellungsamtes geschehen, das jenes Vermögen sicherstellen und verwalten soll, das voraussichtlich der Beschlagnahme verfallen wird. Es ist zu hoffen, dass schon die alliierte Verwaltung sofort die erforderlichen Sicherungsmaßnahmen ergreifen und auch den lokalen österreichischen Selbstverwaltungsorganen volle Hilfe bei der Durchführung der Massnahmen zur Entfaschisierung der Wirtschaft leisten wird.

Regeneration der alten herrschenden Klasse

Mit der Zerstörung der Nazipartei und der Beschlagnahme des deutschen und Nazivermögens wird ein beträchtlicher Teil der herrschenden Kapitalistenklasse, insbesondere jener Teil, der die grossen Industrie- und Finanzunternehmen beherrscht, seiner Machtpositionen entkleidet werden. Unsere Hauptaufgabe wird darin bestehen, diese Machtpositionen unter die dauernde Kontrolle des österreichischen Volkes zu bringen, ihre Rückkehr unter die Kontrolle von Privatpersonen und damit die Regeneration der alten herrschenden Klasse zu verhindern.

Eine solche Regeneration könnte auf zweierlei Weise erfolgen. Erstens dadurch, dass die beschlagnahmten österreichischen Industrie- und Finanzunternehmen unter die Kontrolle oder Verwaltung ausländischen Kapitals gebracht werden. Dies würde nur bedeuten, dass die bisher herrschende Klasse durch eine andere, ausländische ersetzt wird. Als Vorwand für einen solchen Schritt könnte der Bedarf der österreichischen Industrie nach ausländischer Kapitalhilfe angeführt werden. Es ist richtig, dass Österreich ausländische Rohstoffe benötigt, für die es nicht unmittelbar, sondern erst mit den aus den Rohstoffen erzeugten Produkten wird bezahlen können. Aber es wird trachten müssen, diese Rohstoffe durch Handelsabkommen zu erlangen, ohne seine Wirtschaft ausländischem Kapital auszuliefern.

Die zweite Möglichkeit der Regeneration der herrschenden Klasse bestünde darin, dass die beschlagnahmten Unternehmen österreichischen Unternehmern gegen Geld oder in anderer Weise überlassen würden. Dies ist eine Massnahme von so weittragender Bedeu-

tung, dass sie nicht von einer provisorischen Verwaltung oder Regierung getroffen werden könnte; sie müsste der neuen demokratischen Gesetzgebungskörperschaft des österreichischen Volkes vorbehalten bleiben. Bis zu dem Zeitpunkt, in dem das österreichische Volk selbst in der Lage ist, über das Schicksal des beschlagnahmten deutschen und Nazivermögens zu entscheiden, muss dieses unter der Verwaltung eines staatlichen Sicherstellungsamtes stehen und unter der Leitung eines Staatsplanungsamtes für den Neuaufbau der österreichischen Wirtschaft verwendet werden.

Gelingt es, das Neuentstehen grosskapitalistischer Machtpositionen zu verhindern und die Schlüsselindustrien sowie die Banken zu verstaatlichen, so wird der Aufbau einer wirklichen Volksrepublik möglich sein, in der jene scharfen Klassengegensätze und heftigen politischen Kämpfe ausgeschaltet sind, die die erste Österreichische Republik so sehr erschüttert haben.

Entfaschisierung von Verwaltung und Justiz

Von ebenso entscheidender Bedeutung wie die Entfaschisierung der Wirtschaft ist die Entfaschisierung des Staatsapparats. Das Beispiel der Weimarer Republik sowie die Fehler, die wir selbst in der Vergangenheit gemacht haben, müssen uns eine Warnung sein. Der österreichische Beamtenapparat und die österreichische Richterschaft waren immer schon eine Hochburg der Reaktion, sei es dass es sich um Cevauer und spätere Klerikofaschisten oder um Deutschnationale und spätere Nazi handelte. Die gesamte höhere und mittlere Beamtenschaft, die Mehrzahl der Richter und der gesamte Sicherheitsdienst sind heute naziverseucht, faschistisch infiziert, politisch unzuverlässig und müssen durch verlässliche Demokraten ersetzt werden. Woher sollen diese genommen werden?

Auf lange Sicht wird es das Problem unserer Partei sein, die Intellektuellen für Demokratie und Sozialismus zu gewinnen und eine neue Intellektuellengeneration heranzuziehen, die mit dem arbeitenden Volk geistig eng verbunden ist. Dabei werden die Fehler zu vermeiden sein, die dazu führten, dass das „Arbeiterstudententum“ zu einem grossen Teile aus unzuverlässigen Karrieristen bestand, von denen viele nach 1934 zu den Heimwehren und Nazis übergingen.

Die Sofortpolitik soll von folgenden Gesichtspunkten geleitet sein:

Alle zum Machtapparat des Staates gehörigen Positionen wie Polizei, Gendarmerie, Heer (wenn Österreich die Erlaubnis erhält, eines aufzustellen) müssen aus absolut verlässlichen Demokraten zusammengesetzt sein.

Alle höheren Verwaltungsbeamten müssen durch verlässliche Demokraten ersetzt werden. Die Anzahl der verfügbaren Fachleute, die politisch verlässlich sind, wird nicht sehr gross sein. Die Regierung der neuen Republik wird daher trachten müssen, alle verlässlichen Personen für den Staatsdienst zu gewinnen, die irgendwelche für die staatliche Verwaltung brauchbaren Fachkenntnisse haben: Administratoren, Wirtschafts- und Finanzfachleute, Techniker oder Juristen.

In der bürgerlichen Gesellschaftsordnung streben die besten Fachleute in die Privatindustrie oder die freien Berufe, weil die Verdienstmöglichkeiten dort besser sind. Diese Tendenz zu überwinden, wird eine wichtige Aufgabe der neuen republikanischen Verwaltung sein. Ihr Ziel muss es sein, Beamte von höchster politischer Verlässlichkeit und höchster fachlicher Qualifikation zu haben. Wo es unmöglich ist, beides in einer Person zu vereinigen, wird es ratsam sein, Fachleute unter der Kontrolle politisch verlässlicher Personen zu verwenden. Die neue Verwaltung darf weder an der politischen Unverlässlichkeit noch an der Unfähigkeit ihrer Beamten scheitern.

Auch die mittleren und niederen Kategorien der Verwaltung werden einer gründlichen Reinigung bedürfen. Pensionisten und Beamte, die von der klerikofaschistischen oder der Nazi-Regierung aus politischen Gründen entlassen wurden, können wieder herangezogen werden, wenn sie demokratisch verlässlich sind. Ihre Zahl wird jedoch nicht sehr gross sein. Die übrigen Beamten müssen aus verwandten Berufen (Angestellte, Buchhalter etc.) genommen werden. Zur Ausbildung der neu angestellten Beamten, die nicht die normaler Weise für eine Stelle erforderlichen Qualifikationen haben, sollen Verwaltungsschulen errichtet werden. Die Daueranstellung eines Beamten soll erst nach Ablegung einer Prüfung erfolgen.

Die neue Verwaltung muss sich in dem Geiste, in dem sie ihre Funktionen erfüllt, vollkommen von der alten Verwaltung unterscheiden. Es ist darum notwendig, dass alle Beamten, die direkt mit der Bevölkerung zu tun haben, ausgewechselt werden, damit nicht die österreichische republikanische Verfassung dem Volke durch dieselben Personen repräsentiert erscheint, die ihm früher als Unterdrückungsorgane des Naziregimes entgegengetreten sind. Die Beamten der neuen Verwaltung müssen sich auch dieses bewusst sein, dass sie

Diener des Volkes sind; sie müssen freundlich und hilfsbereit sein und eine Sprache verwenden, die das Volk versteht. Gegen Bürokratismus und Amtsschimmel muss ein bewusster Kampf geführt werden. Zusätzlich zur Kontrolle der Gesetzmässigkeit der Verwaltung durch den Verwaltungsgerichtshof und zur parlamentarischen Kontrolle durch die „Parlaments-Kommissionen“ und den Rechnungshof wird es empfehlenswert sein, weitere parlamentarische Kontrollen zu schaffen, z. B. das in England sehr wirksame Mittel der kleinen parlamentarischen Anfrage an den Minister.

Auf dem Gebiet der Gerichtsbarkeit wird voraussichtlich für eine gewisse Zeit eine Gerichtssperre verfügt werden müssen, um die Möglichkeit zur Reorganisation und zur Entfernung von Nazis zu geben. Der Mangel an demokratisch verlässlichen Richtern wird sehr gross sein. Es wird darum notwendig sein, Juristen aus anderen Berufsgruppen, insbesondere Rechtsanwälte, als Richter zu verwenden; der Reorganisation der Strafrichter den Vorrang gegenüber der vom politischen Gesichtspunkt weniger wichtigen Zivilgerichtsbarkeit einzuräumen; Sondergerichte für die Aburteilung von Nazis zu schaffen; und schliesslich die Laiengerichtsbarkeit gewaltig auszudehnen. Es wird insbesondere empfehlenswert sein, in Anlehnung an eine Einrichtung des englischen Rechtes die Bezirksgerichte mit Laienrichtern zu besetzen, denen juristisch geschulte Beamte beigegeben werden.

Entfaschisierung des sonstigen öffentlichen Lebens

Die Sicherung des demokratischen Neuaufbaus der Zweiten Österreichischen Republik erfordert nicht nur eine Entfaschisierung der Wirtschaft, der Verwaltung und Justiz, sondern eine Reinigung des gesamten öffentlichen Lebens. Unterrichtswesen und Presse sowie alle sonstigen Institutionen, die für die Bildung der öffentlichen Meinung von Bedeutung sind (Radio, Theater, Kino, Verlagswesen etc.) werden besonders radikale Entfaschierungsmassnahmen erfordern. Mit der Entfaschisierung müssen eine Reihe von positiven Demokratisierungsmassnahmen verbunden sein, die das Bildungsprivileg der Besitzenden beseitigen, aber auch die Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch Besitz und Geldmacht mit allen zweckdienlichen Mitteln ausschalten sollen.

Sicherungsmassnahmen gegen Nazis und Faschisten

Die Politik der Nazis ist darauf gerichtet, nach der militärischen Niederlage Deutschlands als illegale Partei weiter zu existieren, um den demokratischen Neuaufbau durch Terrorakte zu stören und getarnt auf eine neue Gelegenheit zu warten, durch Untergrabung der Demokratie die Macht im Staate wieder zu erobern. Österreich kann nur dann als demokratisches Staatswesen wieder aufgebaut werden, wenn das österreichische Volk sich dieser Gefahren bewusst ist und die schärfsten Massnahmen ergreift, um den demokratischen Neuaufbau der Republik zu sichern. Es handelt sich hierbei zunächst nicht um Massnahmen gegen die Nazis wegen ihrer undemokratischen Gesinnung — obwohl jede demokratische Gemeinschaft, die sich behaupten will, von dem Grundsatz ausgehen muss, dass demokratische Rechte nur Demokraten gewährt werden können — sondern wegen ihrer Betätigung als Feinde der Demokratie und der Freiheit und Unabhängigkeit des österreichischen Volkes. Jeder, der die Errichtung oder Erhaltung der deutschen faschistischen Herrschaft über Österreich gefördert hat, hat sich nach österreichischem Gesetz des Hochverrates schuldig gemacht. Und wären nicht alle anderen Handlungen des Naziregimes die Aneinanderreihung eines Verbrechens an das andere, ob es sich nun um die physische Ausrottung und Beraubung der politischen Gegner, der Juden oder der Völker handelt, die Nazideutschland überfallen hat? Wer das Naziregime gefördert hat, hat die Begehung dieser Verbrechen gefördert.

Die Rädelführer der Nazi müssen exemplarisch bestraft werden. Bei den anderen wird es empfehlenswert sein, eine Zweiteilung vorzunehmen: in Aktive Nazis und Nazis. Aktive Nazis sind diejenigen, die einen beträchtlichen Anteil an der Errichtung oder Erhaltung des deutschen faschistischen Regimes genommen und sich damit an allen Verbrechen der Nazis mitschuldig gemacht haben. Sie sind auch als die voraussichtlichen Führer der illegalen Nazibewegung anzusehen. Sie müssen in Haft genommen und zu Arbeiten für die Wiedergutmachung des von den Nazis verursachten Schadens in Österreich und vielleicht auch ausserhalb Österreichs verwendet werden. Sie sind ihrer bürgerlichen Rechte für verlustig zu erklären. Ihr gesamtes Vermögen ist zu beschlagnehmen.

Bei den anderen Nazis wird es möglich sein, von Haft und Arbeitszwang abzusehen, aber es wird erforderlich sein, solche Sicherungsmassnahmen gegen sie zu ergreifen, wie sie normalerweise mit einer Verurteilung wegen entfernter Beteiligung am Hochverrat

verbunden wären. Dies ist unerlässlich zum Schutze der Gesellschaft und zur Sicherung des demokratischen Neuaufbaus der Republik.

Vor allem ist es notwendig, ihnen die politischen Rechte zu entziehen, d. i. aktives und passives Wahlrecht, das Recht, Vereine zu bilden und Versammlungen abzuhalten, sowie die Fähigkeit, Schöffe, Geschworener oder Laienbeisitzer zu sein.

Weiter wird es notwendig sein, sie von allen Machtpositionen und Einflussmöglichkeiten im öffentlichen Leben zu entfernen. Hierzu ist erforderlich die Beschlagnahme von industriellem, kommerziellem und landwirtschaftlichem Grossbesitz, von Wertpapieren und Barguthaben, soweit sie einen bestimmten Betrag überschreiten, und von Haus- und Grundbesitz mit Ausnahme des bäuerlichen Besitzes. Hierher gehört ebenfalls die Ausschliessung von gewissen Berufen wie Richter, Beamter, Lehrer, Journalist sowie von leitenden Positionen in der Wirtschaft.

In ähnlicher Weise werden auch Faschisten anderer Richtung zu behandeln sein, die in führender Weise an der Zerstörung der demokratischen Verfassung oder demokratischen Einrichtungen der Republik Österreich mitgewirkt haben, sofern nicht aus ihrem Verhalten während der Zeit des Naziregimes der Schluss gezogen werden kann, dass sie nunmehr als verlässliche Gegner jedes antidemokratischen Regimes anzusehen sind. Es wird auch empfehlenswert sein, solche Personen auszunehmen, die später selbst Opfer des Naziregimes geworden sind.

Die Zweite Republik muss ein Rechtsstaat sein, der seinen Staatsbürgern alle demokratischen Freiheiten gewährt. Die erforderlichen Sicherungsmassnahmen gegen Nazis und Faschisten bedeuten allerdings, dass für eine nicht unbedeutliche Anzahl von Personen die demokratischen Rechte und Freiheiten eingeschränkt werden müssen. Keine Einschränkung aber dürfen die Rechtssicherheit und die Rechtsgarantien erfahren: darum soll die Verurteilung der Nazis und die Verhängung der Sicherungsmassnahmen durch Gerichte erfolgen; Öffentlichkeit und Recht der Verteidigung sollen voll gewahrt werden.

Die Sicherungsmassnahmen müssen begleitet sein von einer positiven Politik der Beeinflussung und Umerziehung derer, die von ihnen betroffen sind. Dies wird sicherlich sehr schwierig sein bei den Aktiven Nazis, die von der Allgemeinheit isoliert zu Arbeitsdiensten verwendet werden. Ihre Unterbringung und Behandlung soll menschenwürdig und in nichts einem Nazikonzentrationslager ähnlich sein. Auch bei den einfachen Nazis wird die Beeinflussung und Umerziehung nicht leicht sein. Die Tatsache, dass ihnen zunächst alle Einflussmöglichkeiten genommen und sie als Bürger zweiter Klasse behandelt werden müssen, wird die psychologische Situation nicht leicht machen. Aber nichts wäre verfehlter, als aus falscher Sentimentalität oder aus einer falschen Auslegung der Demokratie auf die Sicherungsmassnahmen zu verzichten. Die Sicherungsmassnahmen sollen nur vorübergehend sein. Ihre Dauer wird davon abhängen, in welchem Masse der demokratische Aufbau der Österreichischen Republik gegen antidemokratische Kräfte benötigt. Sie wird auch abhängen vom Erfolg oder Misserfolg der Massnahmen zur Ausrottung des Nationalsozialismus in Deutschland. Solange es eine illegale nationalsozialistische Bewegung in Deutschland gibt oder gefährliche Ansatzpunkte für ihre Wiederentstehung vorhanden sind, wird ein demokratisches Österreich es sich nicht leisten können, Personen, die das Naziregime gefördert haben, politische Freiheiten in Österreich einzuräumen. Ausser von der allgemeinen Situation wird die Dauer der Sicherungsmassnahmen selbstverständlich auch von dem persönlichen Verhalten und der Entwicklung dieser Nazis abhängen.

Die Garantie vollster Freiheit für Demokraten bei gleichzeitiger Verweigerung oder Beschränkung der Freiheit für Antidemokraten wird eine Reihe von Problemen schaffen, die in konstruktiver Weise gelöst werden müssen. Es mag auch erforderlich sein, Schutzbestimmungen gegen neue faschistische und antidemokratische Bedrohung der Republik in der Zukunft zu schaffen. Hier wird grösste Wachsamkeit am Platze sein, damit solche Massnahmen, die gegen Faschisten vorgekehrt werden, nicht zur Einschränkung der Freiheitsrechte der demokratischen Staatsbürger missbraucht werden können.

Probleme der neuen Verfassung

Zu den Problemen, die sich als Nachwirkung der deutschen Okkupation und des Krieges erheben, gehört u. a. die Frage der Vergrösserung Wiens, der Zusammenlegung von Vorarlberg und Tirol und der Aufteilung des Burgenlandes. Vom rechtlichen Standpunkt sind dies wichtige Akte der deutschen Besatzungsmacht. Sollte aber die Bevölkerung in diesen Gebieten die Beibehaltung der vorgenommenen Veränderungen wünschen, so wird dem sicherlich in der neuen Verfassung Rechnung getragen werden. Die Österreich von den Nazis einverleibten Gebiete anderer Staaten werden von der österreichischen Republik natürlich sofort zurückgegeben werden.

Ausser den Übergangsproblemen gibt es noch eine Reihe von Fragen, die die dauernde staatliche Struktur und Verfassung der Österreichischen Republik betreffen. Diese Probleme werden erst aktuell werden, wenn die konstituierende Nationalversammlung daran gehen wird, eine neue Verfassung zu beschliessen. Darüber, dass auch die neue Verfassung eine republikanische sein wird, besteht wohl bei allen, die das österreichische Volk kennen, kein Zweifel. Zwei Teilprobleme sollen hier erwähnt werden: das eine betrifft die Aufrechterhaltung des Listenwahlrechtes, das andere das Verhältnis von Bund, Ländern und Gemeinden.

Die ersten Wahlen werden auf Grund der Wahlordnung der Republik erfolgen. Nazis müssen selbstverständlich vom Wahlrecht ausgeschlossen sein, aber in Bezug auf Wahlalter, Wahlkreiseinteilung, Form der Wahl wird es zweckmässig sein, vorläufig keine Veränderungen vorzunehmen. Nur dort, wo sich die Bevölkerungsanzahl wesentlich verändert hat, wird dies berücksichtigt werden müssen. Aber für später wird die Frage ernstlich zu erwägen sein, ob nicht eine Änderung des Wahlsystems erfolgen soll. Das Proportionalwahlrecht soll gewiss aufrecht bleiben, aber es bestehen vielfach Zweifel, ob das reine Listenwahlrecht die richtige Verbindung zwischen Wähler und Abgeordneten schafft, insbesondere dann, wenn der Wähler keiner Partei angehört. Verbundenheit zwischen Wähler und Abgeordneten ist von grosser Bedeutung für die Verankerung demokratischer Einrichtungen und es wird empfehlenswert sein, nach Methoden zu suchen, die das Gefühl der Verbundenheit verstärken.

Ob die Österreichische Republik ein Bundes- oder ein Einheitsstaat sein soll, war in der Vergangenheit und wird vielleicht auch in der Zukunft eine Frage der politischen Machtverteilung sein, erklärlich aus der Tatsache, dass ein Drittel der österreichischen Bevölkerung in Wien lebt und in allen anderen Bundesländern die Bauernschaft die Mehrheit der Bevölkerung darstellt. Vom Standpunkt der Erziehung des Volkes zur demokratischen Selbstverwaltung haben die österreichischen Gemeinden einen zu geringen Aufgabenkreis und für diesen Aufgabenkreis zu geringe Mittel besessen. Die Landesverwaltung ist nicht in gleicher Weise wie die Gemeindeverwaltung ein geeigneter Platz der Erziehung zur demokratischen Selbstverwaltung. Es wird daher bei der Schaffung einer neuen Verfassung empfehlenswert sein, eine Reihe von Befugnissen der Länder, insbesondere auch auf finanziellem Gebiet, auf die Gemeinden zu übertragen. Gemeinden, die wegen ihrer Kleinheit keinen eigenen Wirkungsbereich haben, sollen zu grösseren Selbstverwaltungseinheiten (Kreisen) zusammengefasst werden. Es soll auch überprüft werden, welche Bundesangelegenheiten an die Gemeinden abgetreten werden können. Ein Beispiel hierfür ist die Polizei. Es wird wesentlich zur Demokratisierung des Sicherheitswesens beitragen, wenn die Anstellung und Leitung der Polizei in allen Gemeinden mit eigenem Wirkungsbereich und in den zu schaffenden Kreisen Angelegenheit der Selbstverwaltung ist.

Eine Reihe von Problemen, die den Neuaufbau und die Verfassung der Österreichischen Republik betreffen, werden sich erst ergeben, wenn die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Umrisse des neuen Österreich klarer erkennbar sind. Die Vergangenheit hat uns gelehrt, dass die demokratische Verfassung der Republik nur so viel wert war, als reale Macht der Arbeiterklasse hinter ihr stand. Die Zweite Österreichische Republik wird nur dann ein dauerhaftes demokratisches Staatswesen sein, wenn die verlässlichste demokratische Kraft des Landes, die Arbeiterklasse, im Bündnis mit der demokratischen Bauernschaft und Intelligenz die politische Macht im Staate ausübt.